

The background of the cover is a stylized map of Europe in shades of blue and purple. Numerous small yellow dots are scattered across the map, primarily concentrated in Western and Central Europe. A single, solid red line runs diagonally from the upper left towards the middle right of the cover.

**LES PEUPLES
VEULENT**

**REVOLUTIONEN
UNSERER ZEIT**

**INTERNATIONALISTISCHES
MANIFEST**

INTERNATIONALISTISCHE REIHE

IMMERGRÜN

Revolutionen unserer Zeit

Internationalistisches Manifest

Impressum

Die französische Originalausgabe erschien 2025 unter dem Titel *Révolutions de notre temps* bei Éditions Zones.

Creative Commons, 1. Auflage Mai 2026

Verlag immergrün
www.verlag-immergruen.de
berlin@verlag-immergruen.de

Covergestaltung: Martina Zaninelli
Satz: elemer
Druck: mcp

ISBN: 978-3-910281-24-0

Les Peuples Veulent

Revolutionen unserer Zeit

Internationalistisches Manifest

aus dem Französischen von Ina und Pi

IMMERGRÜN

Inhalt

Anmerkung der Übersetzung	7
Einander erkennen	13
Geburt unserer Macht	17
Die Notbremse finden	29
Aus dem Exil eine Position des Angriffs machen	41
Internationalismus von unten	51
Der Fall des Empires	67
Revolution?	81
neu anfangen	99

Anmerkung der Übersetzung

Das Substantiv *peuple* und das dazugehörige Adjektiv *populaire* kommen in diesem Text in grosser Häufigkeit vor. Es ist nicht ganz einfach diese Wörter in ihrer vollen Bedeutung ins Deutsche zu übertragen. Das Wort *peuple* bedeutet erst einmal Volk. Es kann allerdings auch, und das ist im vorliegenden Text damit gemeint, als Sammelbezeichnung für die Menschen, die nicht den oberen, herrschenden Klassen angehören, verwendet werden. Diese Bedeutungsebene gibt es im Deutschen zwar auch, nur ist das Wort auf Deutsch ziemlich stark von rechten Diskursen besetzt und es haftet ihm auch immer eine zweifelhafte Note Nazisprech an. Auf Französisch (und Englisch, Spanisch etc.) allerdings, ist *peuple* (oder *people*) ein Wort, das zum revolutionären, klassenkämpferischen Vokabular dazugehört.

Auch das Adjektiv *populaire* bezieht sich auf die unteren Klassen. So ist zum Beispiel ein *quartier populaire* ein Wohnviertel, das von Arbeiter*innen, von Menschen mit bescheidenen Mitteln, von der breiten Masse bewohnt wird. Ein *soulèvement populaire* ist ein Aufstand von unten gegen die Herrschenden. Werden diese Begriffe auf Deutsch mit dem Wort *völkisch* oder *Volks-* übersetzt sind wir sprachlich schnell

in einer anderen Zeit – im besten Fall bei antikolonialen Befreiungskämpfen im schlimmsten in Nazideutschland – das wollen wir nicht. Übersetzen wir diese Wörter jedoch mit *Arbeiter*innenviertel* oder einfach nur *Aufstand* geht jeweils ein Teil des Bedeutungshorizontes verloren.

Ein wichtiger Begriff im vorliegenden Text ist *pouvoir populaire*, er bezeichnet ein politisches Konzept und ist einer der zentralen Vorschläge, die in diesem Manifest gemacht werden. *Pouvoir populaire* bezieht sich auf das Konzept *poder popular* in Lateinamerika, auf das *Power to the People* der Black Panther Bewegung, aber auch auf die EDSA-Revolution in den Philippinen. Es steht also für eine revolutionäre Bewegung gegen die Herrschenden, für eine Gesellschaft, die auf Selbstbestimmung und Selbstverwaltung beruht, für Basisdemokratie, für eine emanzipatorische Kraft der Veränderung in den Händen der Menschen und nicht zuletzt auch für das Entreissen der Macht von einigen Wenigen und ihre Aneignung durch die breite Masse. Wir wollten und konnten diesen Begriff nicht mit *Volksmacht* oder *Volkskraft* übersetzen. Wie aber können wir die vielfältige Bedeutung dieses Konzepts in einem knappen Begriff auf Deutsch fassen – ohne dass dabei die eine oder andere Hälfte der linken Bewegungen diesen Text direkt wieder beiseite legt?

Wir haben uns für den Ausdruck *Macht von unten* entschieden. Uns ist klar, dass auch das kein neutraler Begriff ist. Wir bitten euch beim Lesen die Vielfältigkeit des Konzeptes im Blick zu behalten: Das Entreissen der Macht von den Herrschenden und den Aufbau einer Macht, die auf Selbstbestimmung, Autonomie und Emanzipation beruht.

In den Vororten von Paris – koloniale Metropole und zugleich Knotenpunkt vieler Exilrouten – luden wir 2019 zu einem ersten internationalen Treffen ein. Dieses Treffen nannten wir »Les Peuples Veulent«.¹

In diesem Namen hallt der Ruf »Die Menschen wollen den Sturz des Regimes!« nach, der die Welt über ein Jahrzehnt lang erschütterte.

Wird das Wort Regime in den Plural gesetzt, drückt diese Parole treffend aus, wonach wir streben. Einige Jahre zuvor gelangte dieser Ruf im Gepäck syrischer Revolutionär*innen nach Paris. Aus ihrer Begegnung mit anderen Abtrünnigen vor Ort entstand die Cantine Syrienne: Eine Kooperative, ein gemütlicher Raum, in dem man sich erholen und sich gegenseitig Mut machen konnte. Wo man der Isolation entkam und sich nach und nach eine Gemeinschaft von Exilant*innen und Freund*innen aus den unterschiedlichsten Ländern bildete. Ein Raum, in dem sich die hitzigsten Debatten ums Kochen drehten... und um die Revolution.

1 Auf Deutsch: Die Völker / die Menschen wollen.

Aus dieser Gemeinschaft entstand die Idee von »Les Peuples Veulent«, ein Prozess, dem sich Jahr für Jahr mehr Revolutionär*innen aus der ganzen Welt angeschlossen haben. Wir teilten unsere Erfahrungen über das, was wir in unseren Territorien und Nachbarschaften aufzubauen und zu bekämpfen versuchten. Wir nahmen uns die Zeit, einander bei Festessen, Partys, flammenden Reden und kontroversen Diskussionen kennenzulernen. Wir erlaubten uns eine andere Vorstellung der Zukunft, als die erdrückende Schwere, die allgegenwärtig und überall auf uns lastet.

Unser letztes Treffen markierte den Beginn einer neuen Ausrichtung. Tausende Revolutionär*innen aus über vierzig Ländern fanden zusammen und begegneten sich. Viele von uns äußerten den Wunsch, etwas Nachhaltiges aufzubauen und einen Schritt weiterzugehen. Diese Dynamik machte deutlich, dass es noch viel zu tun gibt und dies erst der Anfang ist. Die Cantine Syrienne blieb eine Kantine, aber das Netzwerk entfaltete seine eigene Struktur.

Den vorliegenden Text begannen wir im Sommer 2023 zu schreiben. Zunächst kamen dafür neun Personen aus verschiedenen Weltregionen zusammen: Libanon, Frankreich, Syrien, Tunesien, Chile, Großbritannien, Kurdistan und Iran. Neun Personen, die alle auf ihre Art und Weise an den Aufständen unserer Zeit teilgenommen hatten. Die ersten Fassungen des so erarbeiteten Textes wurden in Santiago de Chile und in Beirut, in Lyon und in Buenos Aires und vom französischen Zentralmassiv über die Galloway Hills bis zur Bekaa-Ebene diskutiert. Er wurde von allen an seiner Entstehung Beteiligten kommentiert, überarbeitet, erweitert, abgesegnet und wieder auf den Kopf gestellt. Aus dem Exil oder von den Schauplätzen unserer Kämpfe im Norden, Süden, Westen und Osten wurde dieser Text durch die Berichte und Analysen der Akteur*innen der Revolutionen in Ägypten, Sudan, Irak und Sri Lanka, der Bauernrevolten in Indien, der feministischen Welle in Lateinamerika, des Aufstandes für George

Floyd, des palästinensischen und ukrainischen Widerstandes und vielen anderen bereichert. Wir legten unsere ideologischen Raster ab, kümmerten uns nicht um die geopolitischen Analysen der Fernsehkommentator*innen und gingen auf andere kämpfende Menschen zu. Im Zuge unserer Begegnungen reichten wir einander die Hand und fügten die Bruchstücke unserer Erfahrungen zusammen. Im gegenseitigen Austausch versuchten wir, die Herausforderungen der unterschiedlichen Situationen zu begreifen, aus ihrem Zögern und ihren Widersprüchen zu lernen.

Es war nicht leicht, aus unseren unterschiedlichen Blickwinkeln eine gemeinsame Analyse der gegenwärtigen Machtverhältnisse und der Herausforderungen der nahen Zukunft zu entwickeln. Auf dieser Analyse aufbauend versuchten wir, kurz-, mittel, und langfristige Ziele zu definieren. Die Intensivierung offener Kriege – in der Ukraine, im Sudan, in Palästina oder im Libanon, um nur die jüngsten Beispiele zu nennen – und die damit einhergehende Erstarkung der Blocklogik erschienen uns als grosses Hindernis. Wirkt es nicht etwas aus der Zeit gefallen, Pläne für einen neuen Internationalismus zu schmieden, während wieder überall der Donner der Kanonen ertönt?

Einander erkennen

»Nos costó tanto encontrarnos, no nos soltemos«²

Wir könnten von unserer Epoche nichts anderes als die Bilder ihres voranschreitenden Zusammenbruchs in Erinnerung behalten: Brennende Wälder, Meere, die zu Massengräbern wurden, Epidemien, Hungersnöte und vernichtende Angriffskriege.

Wir könnten uns aber auch an anderes erinnern. Daran, wie die Kraft der Aufstände die ländlichen Gebiete und die Städte dieser Welt erschütterte und kein Kontinent, keine Region verschonte. Wir könnten uns daran erinnern, wie sich überall auf der Welt die Menschen dem Fatalismus dieser Endzeitstimmung verweigerten. Wie Regierungen, Regime und so manche Herrschende gestürzt wurden. Daran, wie viele Menschen sich in diesem noch jungen Jahrhundert entschieden haben, ihre eigene Geschichte zu schreiben.

Wir könnten uns an die brennenden Polizeiwachen im Iran und an die Angriffe auf öffentliche Gebäude in Frankreich er-

2 Es war so schwer, uns zu finden, lassen wir einander nicht mehr los.

innern. An die riesigen Barrikaden auf dem Maidan in Kiew und an die Erstürmung der Banken während der Aufstände im Libanon. Überall wurde auf die Gewalt der Demütigung mit der Kraft des Aufstandes geantwortet.

Diejenigen von uns, die bei der Erstürmung der Triumphbögen und der präsidialen Schwimmbäder dabei waren und im revolutionären Rausch auf den Straßen getanzt haben, erinnern sich an die Wut. An die Wut, aber auch an die befreite, dem Reich der Tristesse entrissene Schönheit. Sie erinnern sich an die warme Atmosphäre einer gemütlichen Bibliothek inmitten einer belagerten Stadt. An die nächtlichen Gespräche an improvisierten Strassenküchen. An die prächtigen, mit Sprüchen voller Humor und Liebe verzierten Wände. An die tausenden Stimmen, die im Chor davon sangen, dass von nun an alles anders sein würde.

Sie können die Wände übermalen, die Statuen wieder aufstellen, uns ins Exil zwingen, einsperren und ermorden, doch das Feuer in unseren Herzen werden sie selbst in den schlimmsten, kältesten und bedrohlichsten Augenblicken nicht auslöschen. In der Revolte holen wir uns unsere Würde zurück.

Über die Kontinente hinweg, im Exil, auf unseren Reisen und während unserer Kämpfe haben wir einander gefunden. Im Tumult der Straßenschlachten, in den Gesten, die sich von Land zu Land ausbreiteten, in den Parolen, die in den unterschiedlichsten Sprachen gerufen wurden, haben wir einander erkannt. Wir haben begriffen, dass wir Teil eines transnationalen Kampfes sind und global vernetzten Machtstrukturen gegenüberstehen. Wenn wir uns nicht zusammentun, werden wir nichts erreichen.

Die Wut und die Verbitterung über unsere Niederlagen, unsere Weigerung, sie als endgültig zu akzeptieren, weckten in uns das Bedürfnis, einander zu finden und miteinander in Beziehung zu treten. Wir haben begonnen, ein globales Netzwerk zu knüpfen, das von den Frontlinien bis zu den Vollversammlungen, von den feministischen Streiks und den Wi-

derstandskomitees bis zu den besetzten Kreisverkehren und Wäldern eine gemeinsam Erfahrung verbindet.

Während die früheren Avantgarden das Gefühl hatten, den Massen einen Schritt voraus zu sein, sind wir uns im Klaren, dass wir den Aufständen der letzten Jahrzehnte stets einen Schritt hinterherhinken. Sie haben uns geprägt und wir haben viel von ihnen gelernt. Von diesem Punkt ausgehend wollen wir den Faden einer generationenübergreifenden Erfahrung knüpfen, die unabhängig von Alter, Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, Religion oder Sprache all jene miteinander verbindet, die tief in ihrem Herzen und Körper die Anfänge einer neuen revolutionären Phase erahnen.

Keine der an uns von früheren Generationen weitergegebenen Ideologien oder Analyseraster vermag die Turbulenzen unserer Zeit vollumfänglich erfassen. Deswegen werden wir gar nicht erst versuchen, das Rad neu zu erfinden. Dennoch sehen wir eine Methode, die uns helfen könnte, neue Wege für die Umsetzung unserer Ideen zu finden. Diese Methode heißt Internationalismus.

Die revolutionäre Aufgabe ist auch eine Aufgabe des Übersetzens. Unsere Wahrnehmung der Wirklichkeit zu teilen und übersetzen und sie dann in Umlauf zu bringen, sind die ersten Schritte dieser Methode.

Wir haben in diesem Text die wichtigsten Punkte unserer ersten gemeinsamen Erkenntnisse gesammelt und versucht, sie so zu ordnen, dass sie allen nützlich sein können, die sich an zukünftigen revolutionären Ereignissen beteiligen wollen.

Palästina (2000, 2005, 2020), Argentinien (2001), Kaby-
lei (2001), Georgien (2003, 2024), Libanon (2005, 2019),
Frankreich (2005, 2018, 2023), Island (2008), Iran (2009,
2017, 2019, 2022), Kirgisistan (2005, 2010, 2020), Thailand
(2013, 2020), Brasilien (2013), Südkorea (2016), Vereinig-
tes Königreich (2011), Vereinigte Staaten (2011, 2014, 2015,
2020), Syrien (2011), Marokko (2011), Libyen (2011), Tunesi-

en (2011), Spanien (2011), Griechenland (2008, 2011), Ägypten (2011), Sri Lanka (2022), Jemen (2011), Bahrain (2011), Québec (2012), Türkei (2013), Ukraine (2004, 2014), Burkina Faso (2014), Bakur-Kurdistan (2015), Nicaragua (2018), Irak (2019), Katalonien (2019), Ecuador (2019), Weißrußland (2006, 2021), Türkei (2013), Chile (2019), Indien (2019), Hongkong (2014, 2018), Haiti (2019), Algerien (2019), Sudan (2013, 2018, 2019), Kolumbien (2021), Burma (2021), Kasachstan (2022), Peru (2009, 2022), Senegal (2022–2023), Bangladesch (2024) etc.

Dies ist eine unvollständige Liste der Revolten unserer Zeit. Hinter jedem dieser Namen, hinter jedem Datum stehen hunderttausende Gesichter, Träume und Leben. Jede der folgenden Zeilen ist eine Hommage an die Menschen, die an diesen Aufständen teilgenommen haben. An Menschen, die wir getroffen haben, die wir noch kennenlernen werden und die wir nie wiedersehen werden. An diejenigen, die sterben mussten, weil sie das Leben liebten. Für uns, aber auch für sie, haben wir uns entschlossen, diesen Weg zu gehen. Ihre Energie und ihre Nähe haben diesen Text genährt, ihnen ist er gewidmet.

Geburt unserer Macht³

Voller Sorge sagte ein arabischer Denker des 15. Jahrhunderts den Untergang seiner im Luxus badenden Zivilisation voraus: *Die Ränder werden das Imperium zu Fall bringen*. Was könnte die Bedrohung durch die Ränder besser veranschaulichen als die Millionen unterdrückter Bäuer*innen, die 2020 die indische Metropole Delhi umzingelten? Nach dem größten Streik der Menschheitsgeschichte, einem Streik von 250 Millionen Menschen, gründeten die Bäuer*innen im ganzen Land Räte, *Mahapanchayat*, und verkündeten: *Die Mahapanchayat sind die neuen Parlamente des Volkes und die Unberührbaren werden in ihrem Mittelpunkt stehen*.

Die Ränder stürmen das Zentrum

Die Aufstände der letzten Jahre haben gezeigt, dass es kein globales revolutionäres Subjekt geben wird. Schwarze Menschen in den USA, Frauen und gender-queere Menschen in

3 Der Titel dieses Kapitels nimmt Bezug auf das gleichnamige Buch von Victor Serge.

Lateinamerika, Belutsch*innen oder Kurd*innen im Iran, Indigene in Ecuador oder Peru, Jugendliche in den Armenviertel von Santiago und Tripolis – die Revolten wurden in erster Linie von den Rändern getragen.

An den Rändern zu sein bedeutet, Teil des Ganzen zu sein, aber dennoch außerhalb. Es sind diejenigen von uns, die immer schön auf Abstand gehalten werden: Nicht zu weit weg, um die Maschine am Laufen zu halten, aber auch nicht zu nah, um nicht zu stören. Außerhalb, und doch im Dienst der Zentren. Als Zentren bezeichnen wir die Orte, an denen Macht ausgeübt wird: Staaten, aber auch Stadtzentren, multinationale Konzerne, Kolonist*innen, Bosse und Patriarchen.

Was auch immer eine Revolte auslöst, solange sie nicht unterschiedliche Missstände miteinbezieht, wird sie sich nicht ausbreiten. Die Zentren sind geübt darin, uns voneinander zu trennen, deshalb liegt die größte Herausforderung darin, uns überhaupt erst zu finden – Momente zu schaffen, in denen Begegnungen stattfinden können; Begegnungen zwischen den verschiedenen Bereichen der Ränder, aber auch zwischen den Rändern und den Abtrünnigen der Zentren, die sich den Machtstrukturen widersetzen, in deren Schatten sie leben, so wie es einst einige Bewohner*innen der Metropolen taten, als sie die kolonialen Befreiungskämpfe unterstützten.

Wo sich breite Teile der Bevölkerung den Aufständischen der Ränder angeschlossen haben – den Bäuer*innen in Indien, den Indigenen in Ecuador, den Schüler*innen in Chile oder den People of Color in den Vereinigten Staaten, um nur einige Beispiele zu nennen – konnten die Aufstände Erfolge erzielen. Auch wenn diese nicht von langer Dauer waren, erreichten sie doch die Widerrufung von Reformen in Indien und Ecuador, die Eröffnung eines verfassungsgebenden Prozesses in Chile und die oberflächliche Neuorganisation lokaler Polizeieinheiten in den Vereinigten Staaten.

Begegnen sich während eines Aufstandes Menschen der Ränder und Abtrünnige der Zentren, öffnen sich neue Räu-

me, in denen Vielfalt und Widersprüche koexistieren. Die Aufstände nach der Ermordung von George Floyd in den Vereinigten Staaten wurde von vielen weißen Demonstrierenden unterstützt. Nach ein paar Tagen stellten sich einige weiße Demonstrant*innen der Polizei in den Weg, um die Schwarzen Aufständischen zu »beschützen«. Ohne sich dessen bewusst zu sein, neutralisierten sie mit dieser Geste die berechnete Wut und verfestigten erneut die kurzzeitig aufgeweichten Grenzen, die der Rassismus zwischen uns treibt.

In der Begegnung zwischen Abtrünnigen der Zentren und Revolutionär*innen der Ränder – oder zwischen verschiedenen Teilen der Ränder selbst – ist nichts eindeutig festgelegt. Die Momente des Aufstandes sind einzigartige Gelegenheiten, die Trennlinien der unterschiedlichen Milieus zu verschieben.

Wo die Wut nicht gebündelt werden konnte, kam es zwar zu einer Vielzahl von Aufständen, sie blieben aber unkoordiniert und fragmentiert und kamen daher irgendwann zum Erliegen. Dies war zum Beispiel im Iran der Fall, wo 2009 vor allem die mittelständischen Schichten und 2017 wie auch 2019 die Arbeiter*innenklasse revoltierten. Erst als sich 2022 alle Teile der Gesellschaft hinter den Frauen zusammenschlossen, geriet das Regime ins Wanken.

In Frankreich haben sich weiße Abtrünnige der Zentren weder 2005 noch 2023 der Jugend der Banlieues angeschlossen. Die Mittelschicht und die gewerkschaftlich organisierten Arbeitskräfte beteiligten sich 2018 zu Beginn kaum am Aufstand der Gelbwesten. Ohne solche Zusammenschlüsse kann kein Regime gestürzt werden und die Regierungen gewinnen Zeit.

Von den Rändern zur vereinten Kraft

Während am Abend des 1. Dezembers 2018 im Zuge der Gilet-Jaune-Aufstände die Tore des Palais Brongniart⁴ im Herzen von Paris aufgebrochen wurden, rief ein Schwarzer Teenager neben einem weißen und einem marokkanischen Demonstranten: *C'est nous le peuple... Wallah, c'est nous le peuple.*⁵

Die Revolte löst die von den Zentren erzeugten Gräben auf und bringt die Menschen einander näher. Sie stellt die gesellschaftlichen Schichten grundsätzlich in Frage. Im Sudan trafen 2019 Menschen aus allen Landesteilen bei revolutionären Märschen und Sitzblockaden auf dem Al-Qiyada-Platz in Khartum aufeinander und tauschten sich über die Missstände aus, die sie, wenn auch auf unterschiedliche Art und Weise, alle betrafen. In der Revolte begegneten sie sich zum ersten Mal und skandierten gemeinsam: »Das Volk wählt die Einheit!«

Der Aufstand bricht mit der Vorstellung einer einheitlichen, durch Mythen, Ideologien und Populismus zusammengehaltenen Nation. Mit ihren Aufrufen zur Einheit schafften es die Aufständischen der Ränder häufig, ihre Gemeinschaften entsprechend ihren eigenen Vorstellungen neu zu definieren.

Aus diesem Grunde schlossen sich der vorwiegend von weißen, in Frankreich lebenden Menschen ausgehenden Gilet-Jaune-Bewegung auch kolonisierte Bevölkerungsgruppen aus Guadeloupe oder La Réunion an, zu deren sichtbarsten Vertreter*innen eine Schwarze Frau, der Sohn eines portugiesischen Emigranten und ein junger Roma wurden. Und aus dem selben Grund konnte man einen Kleinunternehmer und eine Arbeiterin gemeinsam eine Blockade halten sehen. Der Aufstand von 2022 in Sri Lanka brachte – nicht ohne Reibungen – buddhistische Mönche, Queens, Singhales*innen

⁴ Im Palais Brongniart befindet sich der Sitz der Börse Euronext

⁵ Wir sind das Volk... Wallah!

und Tamil*innen zusammen und zeigte, wie vielfältig und wandelbar widerständige Bewegungen sein können.

Die verschiedenen Fragmente der Ränder werden durch Worte und Taten miteinander verwoben. Die syrisch-arabischen Revolutionär*innen haben dies verstanden, als sie das kurdische Wort *azadi* (Freiheit) als Aufruf an die Kurd*innen richteten. Das gleiche geschah, als die iranischen Aseris das Lied *Kurdistan, die Augen und das Licht des Irans* sangen und so historisch verfeindete Minderheiten vereinten, oder als die Flaggen der Mapuche bei den Demonstrationen 2019 in Chile und diejenige der Kabylei in Algerien während des Hiraks geschwenkt wurden. Mit diesen Gesten wurde versucht, die Revolte auszuweiten.

Dennoch ist kein einzelnes Segment der Ränder in der Lage, die Vielfalt der Menschen unbegrenzt zu vereinen. Geteilte Erfahrungen der Ränder wie widerständige Praktiken, die gemeinsame Auflehnung gegen Unterdrückung oder die Selbstorganisation des unmittelbaren Überlebens erzeugten mehr Verbundenheit, als Visionen oder ideologische Überzeugungen es je können werden. Die Regime versuchen hingegen stets mit allen Mitteln, Bewegungen zu spalten und allzu schnell treten bereits bestehende Gräben wieder hervor und schwächen den in der Revolte entstandenen Zusammenhalt. Dies konfrontiert uns mit einer zentralen Frage: Wie können wir das Gefühl von Verbundenheit über den Kulminationspunkt der Revolte hinaus aufrechterhalten?

Völker sind immer vieles gleichzeitig. Sie können betrogen und unterdrückt werden. Sie können sich an der eigenen Niederlage oder der anderer Völker beteiligen, sich gegenseitig bekämpfen und gespalten sein. In seltenen Fällen jedoch finden sie in einem kollektiven Willen zusammen und können sich von der sie regierenden politischen Klasse befreien. Welche dieser Möglichkeiten eintritt, wird durch die Verbindungen zwischen den revoltierenden Gruppen und ihren einzelnen Fragmenten bestimmt. Wenn die Aufständischen der Ränder

und die Abtrünnigen der Zentren einander erkennen und sich trotz aller Hindernisse und Widersprüche vereinen, wenn auch nur für kurze Zeit, entsteht eine neue Form von Gemeinschaft. Eine Gemeinschaft mit revolutionärem Potenzial.

Der Sturz des Regimes

In Ägypten, Tunesien und in der Ukraine fielen die Regime. Im Libanon, in Sri Lanka und im Irak wurden Regierungen gestürzt. Doch selbst wenn die Aufstandsbewegungen im ersten Augenblick erfolgreich zu sein schienen, gelang es ihnen nirgendwo, eine Rückkehr zur bestehenden Ordnung oder neue, noch schlimmere Regime zu verhindern. Überall wurden die Revoltierenden schmerzlich daran erinnert, dass die Absetzung einer Regierung oder eine neue Verfassung nicht reichen, um die Grundpfeiler der Macht zu zerstören. Die Aufstände sind nie bis an die Wurzeln der Regime durchgedrungen.

Der Aufstand ist der Ausbruch der realen Bewegung, die Selbstbehauptung derjenigen, die entmenslicht und ihrer Kraft beraubt worden sind. Dadurch gibt er sowohl den Zentren als auch den Rändern selbst zu verstehen, dass es so nicht weiter gehen kann. Er bricht mit den bestehenden Verhältnissen. Die Frage ist: Was machen wir aus diesem Bruch?

2022 stand Sri Lanka kurz vor einem Umsturz. Regierungsgebäude wurden besetzt, der Präsident hatte das Land verlassen und Armee und Polizei wagten nicht einzugreifen. Die erste Runde schien an die Revolutionär*innen zu gehen. Doch weil sie nicht wussten, was sie mit den Ministerien anfangen sollten, gaben sie diese wieder ab. Wie auch anderswo wurden die Revolutionär*innen vom eigenen Sieg überrumpelt.

Nach zahlreichen Revolten sahen wir erstarrt dabei zu, wie sich Politiker*innen und Technokrat*innen jeglicher Couleur die Gelegenheiten nicht entgehen liessen, die sich ihnen auf-

grund unserer Schwäche boten. Ob Muslimbrüder in Tunesien oder Ägypten, Generäle in Libyen oder Algerien oder das Oppositionsbündnis des Syrischen Nationalrats: Die Opportunist*innen warteten nicht einmal, bis wir um unsere Toten getrauert oder unsere Verletzten versorgt hatten. Unsere Barrikaden standen noch, während sie bereits damit begannen, über den »politischen Weg« der Bewegung zu verhandeln, was nichts anderes als das Ende der Revolte bedeutete.

Wie könnten wir Boric, den späteren Präsidenten Chiles vergessen, der 2019, während die Menschen auf der Straße noch gegen die Polizei kämpften, in den Kongress eilte und gemeinsam mit den Parteien des Regimes einen faulen Kompromiss über eine Verfassungsreform unterzeichnete, mit dem die Revolte eingedämmt werden sollte? Wie so häufig wurde die Ordnung mittels institutioneller Mechanismen wiederhergestellt, um das Land vor dem Sturz ins Ungewisse zu bewahren. »Stürzt Piñera, stürzen wir alle«, sagte ein linker chilenischer Senator damals in weiser Voraussicht. Politiker*innen, ob links oder rechts, ziehen kosmetische Veränderungen und Zugeständnisse immer dem Risiko einer Revolution vor, die ihre Macht und ihren Reichtum tatsächlich bedrohen würde.

Nachdem die ukrainische Regierung während des Maidan-Aufstandes 2014 von den Protesten abgesetzt worden war, blieben die Sessel der Ministerien leer. Die Oppositionsparteien trieben rasch die Bildung einer Übergangsregierung voran, die sie dann auf einer großen Tribüne auf dem besetzten Platz aufmarschieren liessen, um so ihre Legitimität zu zementieren. Den Aufständischen war klar, was für ein Spiel gespielt wurde. Doch nach drei Monaten des Kampfes waren sie erschöpft und liessen das Manöver über sich ergehen. Im Glauben, auf diese Weise die neue Regierung im Auge behalten zu können, nominierten sie »Volksvertreter*innen« aus den eigenen Reihen. Diese neuen Minister*innen der Bewegung versuchten Einfluss auf die Übergangsregierung auszuüben, die Institutionen von innen zu verändern und erklärten, wenn

nötig einen neuen Maidan auszurufen. Doch in Wirklichkeit war es einfach für alle das Signal, nach Hause zu gehen.

Für eine Ausweitung der Aufstände in Sri Lanka, Chile oder der Ukraine hätte sich die Bewegung mit der Problematik der Nahrungsmittelversorgung, der Beschaffung von Treibstoff und Medikamenten und der Frage, wie sie sich gegen eine Militärintervention aus dem Ausland verteidigen würde, beschäftigen müssen. Um das Überleben und später das Leben zu organisieren, hätte es Antworten auf große Fragen gebraucht, welche die Aufständischen zu diesem Zeitpunkt überforderten:

- Wie mit den staatlichen Institutionen, internationalen Organisationen, der Armee oder Auslandsschulden umgehen?
- Wie können Hindernisse überwunden werden, ohne in neue Abhängigkeiten zu geraten?
- Wie ist es trotz der Erschöpfung, trotz der elementaren Notwendigkeit, sich zu pflegen und sich zu erholen, möglich, langfristig durchzuhalten.

Die Geschichte lehrt uns, dass Kompromisse häufig zu Zugeständnissen führen, zu Variationen desselben und nicht zu echten Alternativen. Wie aber können wir den Kampf fortführen, ohne in den Abgrund zu stürzen?

Wir brauchen materielle Sicherheit, aber nicht nur. Den Sturz ins Ungewisse zu wagen, erfordert auch Zuversicht. Man tut es, weil man keine andere Wahl hat oder aus Überzeugung. Wenn man von einer Sache so überzeugt ist, dass sie jedes Risiko wert zu sein scheint. Aber wovon sind wir wirklich überzeugt? Was ist unsere Antwort auf die Ungewissheit? Die Zeiten, in denen sich alle Aufstände auf den Sozialismus beriefen, sind vorbei. Ohne Landkarte oder Kompass orientierten sich die jüngsten Revolten an dem, was ihnen zur Verfügung stand. Die Reaktionären hatten einen Plan, die Liberalen hatten einen Plan und das Militär hatte einen Plan. Und diejenigen von uns, die

die Revolten losgetreten und am Leben erhielten, konnten nur noch zuschauen, kommentieren und kritisieren – zumindest diejenigen, die noch am Leben und frei waren.

Der Plan, den wir nicht hatten

Es mag ironisch klingen, aber es gab eigentlich einen Plan. Direkt vor unseren Augen. Es wurde viel über den horizontalen und dezentralen Charakter unserer Revolten geredet. Darüber, wie die großen, traditionellen Organisationen abwesend oder nicht in der Lage waren, die *Führung* der Bewegungen zu monopolisieren. Und wie die Linke weltweit von der Intensität und dem Erfindungsreichtum dieser Aufstandswelle überrascht worden ist.

Wir sollten uns eine der wichtigsten Auswirkungen dieser Abwesenheit bewusst machen. Jeder Aufstand, jeder Kampf brachte, unabhängig der Direktiven irgendeines Anführers, einer Partei oder Organisation und entsprechend der Bedürfnisse der unterschiedlichen Revolten neue Formen von Selbstorganisation hervor: Die Besetzung von Plätzen, Gebäuden oder Universitäten in Griechenland, Ägypten, Libanon, Irak, Sri Lanka oder Hongkong; die Rätestruktur in Syrien und die Widerstandskomitees im Sudan; die Territorialversammlungen in Chile und Kolumbien; die feministischen Versammlungen überall auf der Welt; die Besetzung von Kreisverkehren durch die Gilets-Jaunes in Frankreich.

Bei all diesen Erfahrungen waren wir mit der Notwendigkeit konfrontiert, gleichzeitig den Angriff, wie auch den Alltag im Aufstand zu organisieren. In Vollversammlungen diskutierten wir über Strategien und planten Autobahnblockaden, Demonstrationen und Angriffe auf die Zentren der Macht. Wir organisierten Sicherheitsmaßnahmen, Anti-Repressionsstrukturen und unsere Selbstverteidigung, verfolgten die Bewegungen unserer Feinde und kümmerten uns um Verletzte.

Wir bauten Camps und Hütten auf, ernährten einen Haufen Menschen mit Essen aus den *ollas comunes* (Gemeinschaftsküchen) und bauten Gemüse in Gemeinschaftsgärten an. Überall versuchten wir, die Reproduktion unserer Kräfte und unserer Handlungsfähigkeit zu sichern.

In Syrien gingen die Revolutionär*innen noch weiter. In den Gebieten, aus denen das Regime vertrieben worden war, schafften sie es über mehrere Jahre hinweg neben der Verteilung von Lebensmitteln ganze Städte, Krankenhäuser, Mühlen und Elektrizitätswerke selbstverwaltet zu betreiben. Die vielen hundert Lokalräte in den befreiten Gebieten erkannten schnell, dass weder der Syrische Nationalrat im Exil noch die bewaffneten Gruppen die Antwort auf das Syrien von morgen bereit hielten. Und doch gestanden sie sich nicht ein, dass sie gerade selbst damit begonnen hatten, eben dieses Syrien aufzubauen. Sie haben uns gezeigt, dass es selbst im Bombenhagel, unter einer Belagerung – abgeschnitten von der Außenwelt und einem gnadenlos unterdrückenden Regime ausgesetzt – möglich ist, die Dinge in die Hand zu nehmen und über sich selbst zu bestimmen.

Während eines Aufstandes kämpfen wir gegen einen Gegner, der im Vergleich zu uns nicht damit beschäftigt ist, einen Palast zu stürmen. Er kann sich voll und ganz auf die Zerschlagung entstehender Formen einer Macht von unten konzentrieren. Die nationalen und internationalen institutionellen Kräfte haben sich stets geweigert, die Legitimität der Selbstorganisation anzuerkennen, und sie oft übergangen. Angesichts dieser Bedrohung gelang es uns in der Regel nicht, Einfluss auf den Ausgang der Revolten zu nehmen. Wir waren nicht in der Lage oder nicht willens, die Verantwortung für das, was nach der Revolte folgen sollte, zu übernehmen. Wir etablierten uns nicht als revolutionäre *Macht*.

Im Sudan wurden während des vergangenen Jahrzehnts der Revolten (2013–2023) in vielen Städten und Vierteln Widerstandskomitees gegründet, die sowohl die Mobilisierung als

auch die gegenseitige Hilfe organisierten. Von Jahr zu Jahr, von Revolte zu Revolte, gewannen sie an Stärke und Erfahrung. Nach der Absetzung von Präsident Umar al-Bashir durch die Armee im Frühling 2019 beschlossen einige Gruppen der Opposition, sich an der Bildung des *Militärrats (Transitional Military Council)* zu beteiligen. Die Widerstandskomitees lehnten eine solche Beteiligung kategorisch ab, weil sie einem zentralen Anliegen der Revolution treu bleiben wollten: der Entmachtung des Militärs. In der Folge waren sie die Einzigen, die die Legitimität des Volkes verkörperten. Nachdem sie sich von den oppositionellen Organisationen losgesagt hatten, erarbeiteten hunderte Komitees gestärkt durch ihre neu gewonnene Legitimität einen Vorschlag für die Zukunft des Landes: *Die Revolutionäre Charta zur Errichtung der Volksautonomie*. So wagten es die Basisorganisationen im Sudan, sich als echte revolutionäre Macht zu etablieren. Andernorts wurde in der entstehenden Selbstorganisation oft nur ein Werkzeug der Revolution gesehen, anstatt eine einzigartige Verbindung von Mittel und Ziel, die eine revolutionäre Zukunft vorausahnen lässt.

All diese Erfahrungen gründen auf einer langen Geschichte von Autonomie, Selbstorganisation und Emanzipation und übertragen sie in die Gegenwart; von dieser Geschichte können wir für gegenwärtige und zukünftige Revolutionen lernen. Doch von den historischen Ereignissen, auf die wir uns beziehen, ist in keinem Schulbuch zu lesen: Die *Comandos Comunales* und die *Cordones Industriales* in Chile (1970–73), die *Quilombos* in Brasilien (1550–2024), die *Sans-Culottes* der Französischen Revolution (1789–93), die *Caracoles* in Chiapas, die Arbeiter*innenräte in Russland und Bayern (1905, 1918–1919), die *Pariser Kommune* (1871), die Aufstände von Morelos (1913) und Kronstadt (1921) und noch viele andere, auf deren Errungenschaften wir aufbauen und deren Erinnerung wir weitertragen.

Was wir gerade erlebt haben, ist eine Ära der Aufstände, deren Ausgang noch ungewiss ist. Was einige vorschnell als

Niederlage abtun, betrachten wir als den Beginn einer internationalen Revolte für die Würde. Wir schauen der Niederlage ins Auge, um uns auf die bevorstehenden Erfolge vorzubereiten. Alle diese Beispiele, wo Autonomie, Selbstorganisation und die Macht von unten – manchmal flüchtig, manchmal ausdauernd – in Erscheinung treten, zeigen uns, wie stark wir sind. Darauf wollen wir aufbauen.

Die Notbremse finden

Der Beginn dieses Jahrzehnts führt uns eine simple, aber schmerzhafteste Tatsache vor Augen: Mit dem Voranschreiten der Revolution intensiviert sich die Konterrevolution.

Die Aufstände zeigten, dass die Regime den Bedürfnissen der Menschen in keinsten Weise gerecht werden, ja vielmehr eine Gefahr für sie darstellen. Nicht in der Lage das Vertrauen in ihre gescheiterten Projekte wieder aufzubauen, wählten die Herrschenden den Terror als Antwort auf die legitime Wut. Die Aufstände hinterliessen viele Märtyrer*innen, Gefangene und Vertriebene. Französische, russische, iranische und amerikanische Generäle eilten den ins Wanken geratenen Regimen zu Hilfe und machten das Elend noch schlimmer. Frankreich stellte Zine el-Abidine Ben Ali Tränengas und Expertise in der Aufstandsbekämpfung zur Verfügung, deutsche Polizist*innen und israelische Cybersicherheitssysteme wurden nach Chile gesandt, iranische Milizen und russische Bomben zur Rettung von Baschar al-Assad eingesetzt. Die Zerschlagung unserer Aufstände wurde global orchestriert.

Flaut der Wind der Revolte ab, bleibt meist eine erstarkte, gut organisierte Form der Reaktion zurück. Die herrschenden

Klassen verteidigen ihre Interessen mit aller Härte und überall auf der Welt scheinen konservative oder, noch schlimmer, faschistische Kräfte von den Ereignissen zu profitieren. Die das letzte Jahrzehnt prägenden Revolten, wurden von einer gewaltigen und vielschichtigen weltweiten Konterrevolution abgelöst.

Hinter jedem Faschismus liegt eine verpasste Revolution

Die Konterrevolution erschöpft sich nicht in der globalen Aufstandsbekämpfung. Sie ist auch keine bloße Rückkehr zum alten Regime, keine Wiederherstellung einer durch Konflikte und Revolten durcheinander gebrachten Gesellschaftsordnung. Sie baut entsprechend ihrer eigenen Mittel und Ziele eine neue Ordnung auf. Sie beeinflusst Denken, Kultur, Mode, Sitten und Bräuche, bringt neue Techniken der Überwachung und Unterdrückung hervor und immer und überall schützt sie die Interessen des Kapitals. Darüber hinaus bedient sich die Konterrevolution am Wortschatz und den Ideen der Revolution. Sie besetzt das Terrain ihres Feindes und findet andere Antworten auf die gleichen Fragen. Sie deutet die Revolution zugunsten ihrer eigenen Interessen um.

Während Revolutionär*innen unterdrückt, vertrieben und isoliert werden, wachsen die Köpfe der Hydra, von denen wir dachten, wir hätten sie abgeschlagen, langsam wieder nach. Wenn sich Putin und Xi Jinping einen antikolonialen Gestus geben, Trump und Bolsonaro behaupten, sie würden gegen das Establishment rebellieren, und die *Freie Welt* für die Demokratie in den Krieg zieht, missbrauchen die reaktionären Kräfte die Sehnsüchte und das Streben der Aufstände, um deren Wiederaufflammen zu verhindern. Das *Afuera! (Raus!)* von Milei knüpft an das *Que se vayan todos! (Sie sollen alle*

verschwinden) der argentinischen Revolten um die Jahrtausendwende an. Wie könnte der Kampf für Freiheit effizienter unterdrückt werden, als wenn sich die Herrschenden selbst als Befreier*innen feiern?

2024 nahm Donald Trump an Kundgebungen teil, auf denen nebeneinander Slogans wie *Seid unregierbar!* und *Massenabschiebungen jetzt!* zu lesen waren. Der Faschismus ist nicht nur deshalb unser Erzfeind, weil er für genau das Gegenteil von dem steht, wofür wir kämpfen, sondern weil er seinem Projekt einen revolutionären Anstrich verleiht, die Dynamik und die Leidenschaft der Revolten für seine eigenen Zwecke missbraucht und sich dadurch zur letzten Bastion der Zentren macht. Putin, Meloni, Le Pen und andere Faschist*innen profitieren von der Frustration und der Entwürdigung der seit dem jüngsten Wandel des Kapitalismus noch stärker prekarierten arbeitenden Klasse. Sie behaupten, gegen das System zu sein, während sie es in Tat und Wahrheit festigen. Sie erklären, *alles verändern* zu wollen, damit letztlich alles gleich bleibt. Die Reaktionären radikalisierten sich, während sich die Progressiven in Zurückhaltung üben.

Der Hass der faschistischen Kräfte auf den Feminismus und die queere Bewegung kommt nicht von ungefähr. Der Faschismus erkennt in ihnen eine Bedrohung, weil diese Bewegungen in der Lage sind, das Verlangen nach Freiheit zu wecken und die herrschende Ordnung zu hinterfragen. Im globalen Süden schlossen sich dem Feminismus mit seinen radikalen Forderungen, seinem Wunsch nach tiefgreifender Veränderung, seiner Durchsetzungskraft und dem Überschreiten aller Gender-, Class-, Race-, Herkunfts- und Altersnormen Millionen von Ausgegrenzten an. Das gleiche gilt für die Queers, die zu den Wenigen gehören, die noch zu träumen wagen: Mit dem Durchbrechen der jeder Macht zugrunde liegenden binären Logik machen sie die Vorstellungskraft zu einer Waffe und das Begehren zu einer Stärke. Indem die queere Revolution den Körper ins Zentrum der Veränderung

stellt, widersetzt sie sich dem faschistischen Albtraum und zeichnet eine positive Vision der Zukunft. Aber wie so oft umgarnen die progressiven und liberalen Kräfte des Empires auch diese Bewegung und versuchen sie auf ein harmloses kulturelles Accessoires zu reduzieren.

Wer glaubt noch ernsthaft daran, die chauvinistische Bulldozer-Politik von Trump, Modi oder Netanjahu mit einer fundierten Argumentation, einem IPCC-Bericht, dem Faktencheck der *New York Times* oder einer Abstimmung in der UNO aufzuhalten? Solche Ansätze sind kontraproduktiv, denn auf diesem Terrain verliert der Liberalismus zunehmend an Glaubwürdigkeit und setzt sich nur dem Spott der Herrschenden aus. Die Resignation der Sozialdemokrat*innen, die selbst nach einem Wahlsieg noch behaupten, sie könnten ja doch nichts verändern, ebnet den Faschist*innen den Weg, die ihrerseits von der legitimen Wut und der nach den Umständen zurückbleibenden Hoffnungslosigkeit profitieren. Die rechten Putsch-Versuche von Washington bis Brasilia, waren bloss ein Abklatsch eines konservativen Aufstandes. Es könnten weitaus ernstere folgen.

Das weltweite Erstarken fremdenfeindlicher Nationalismen und die systematischen Angriffe auf die Rechte von Frauen und Queers sind das Ergebnis eines durchdachten Plans, einer globalen Offensive, einer neofaschistischen Internationalen. Auch wenn sich die zunehmend angespannten und fratzenhaften Gesichter der Macht vordergründig unterscheiden, gehören sie doch alle zu ein und derselben Bestie. Denn jenseits aller Konflikte und scheinbaren Feindschaften haben die unterschiedlichen Mächte ein gemeinsames Ziel: Die Macht der Zentren um jeden Preis aufrecht zu erhalten. Und zur Erreichung dieses Ziels scheinen sie vor keinem Massaker zurückzuschrecken. Im Gegenteil: Krieg war schon immer ein beliebtes Mittel, um eine Revolution abzuwenden.

Erschöpfte Zeiten

Überall sind wir in einem Notstandregime gelandet. Im Schockzustand. Von den vielen Herrschaftsformen, deren Verschwinden wir uns wünschen, ist diese besonders hartnäckig. Der Ausnahmezustand hat sich unauslöschlich in die Art, wie wir leben, kämpfen und uns organisieren, eingeschrieben.

Wenn wir nicht genug zu Essen haben, wenn wir an jeder Straßenecke den Tod oder eine Vergewaltigung fürchten müssen, wenn wir uns nicht mehr medizinisch versorgen oder unsere Familie unterbringen können, wenn wir bei jedem Behördenangang gedemütigt werden, bei jeder Ausweiskontrolle damit rechnen müssen, verprügelt zu werden, wenn uns das Wasser, für die Bewässerung unserer Felder ausgeht und sich unser Land in eine Wüste verwandelt, dann befinden wir uns in einer lebensbedrohlichen Notlage, die uns zum Handeln zwingt. In dieser Situation ist es nicht länger tragbar, dass die Dinge bleiben, wie sie sind.

Die Prekarisierung des Lebens zwingt uns in einen zermürbenden Alltag voller Zwänge und Pflichten. Bevor wir etwas erledigt haben, wartet schon die nächste unaufschiebbare Aufgabe auf uns. In unserem Alltag versuchen wir diese Zeit und Energie raubende Belastung oft auf uns allein gestellt oder innerhalb unserer ebenfalls erschöpften sozialen Netzen zu meistern. Die bloße Existenz kostet uns immer mehr Energie. Wollen wir unsere Kämpfe weiterführen, uns nicht aufreiben lassen, müssen wir uns einem kaum ertragbaren Tempo anpassen.

Die Regierenden begegnen diesen veränderten Umständen, indem sie von immer neuen Krisen reden, und erinnern uns daran, wie hilflos wir ohne ihren Schutz wären: *Wirtschaftskrise, Umweltkatastrophe, Ausländische Agenten, Militärische Bedrohung, Migrationskrise* etc. Der Ausnahmezustand wurde in allen Regimen, ob demokratisch oder despotisch, als

Gegensatz zum friedlichen Normalzustand eingeführt. Das Notstandsgesetz (Kanoun al-Taware) bestimmte vor der Revolution über vierzig Jahre lang den Alltag der Menschen in Syrien. Obwohl es ursprünglich gegen die militärische Bedrohung durch Israel eingeführt worden war, wurde es immer dazu benutzt, jegliche internen Widerstände zu unterdrücken, unter anderem mit Massakern oder Bombardierungen. Einige Monate nach Ausbruch des Aufstandes wurde es in ein Anti-Terror-Gesetz umgewandelt. In Chile wurde der Ausnahmezustand durch Präsident Piñera verhängt, um das Militär – einmal mehr – gegen die rebellierende Bevölkerung aus den Kasernen zu holen. In den letzten zwei Jahrzehnten wurde der Ausnahmezustand weltweit als rechtliche Grundlage für die Aussetzung der Rechtsstaatlichkeit als angebliche Antwort auf Terroranschläge, Viren, Unruhen und Katastrophen wie Erdbeben, Brände oder Überschwemmungen eingeführt.

Ausnahmezustand in allen Staaten

Wenn Politik die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln ist, dann sind Regierung und Krieg zwei Seiten derselben Medaille. Der Nationalstaat eroberte im Zuge des Kolonialismus mit seiner einzigartigen Art von Machtausübung, Bürokratie und Kontrolle über Bevölkerungen und Territorien nahezu den gesamten Globus. Die Art und Weise, wie Macht ausgeübt und die Bevölkerung kontrolliert wird, ist allerdings nicht in jedem Staat, in jeder Weltregion gleich.

Die Funktion und die Handlungsfähigkeit des Staatsapparates einer alten Kolonialmacht, die auf den vom Rest der Welt gestohlenen Reichtümern sitzt, unterscheidet sich deutlich von der eines erst kürzlich entkolonisierten Staates, der sich in der Einflussphäre besser organisierter Mächte befindet, die es ihrerseits auf seine Ressourcen abgesehen haben. Das Ausmaß der staatlichen Gewalt gegenüber seiner eigenen

Bevölkerung korreliert oft mit den finanziellen Mitteln, die den herrschenden Klassen für die Herstellung des sozialen Friedens zur Verfügung stehen: Einkünfte aus kolonialen Geschäften, der Erdölindustrie oder aus Investitionen und Aktienkapital. Im Sozialismus, dem Sozialstaat und der Sozialdemokratie wurde auf viele unterschiedliche Arten versucht, Staat und Volkssouveränität zusammenzuführen. Die Aufgaben des Staates beschränkten sich nicht länger nur auf das Gewaltmonopol und die Verteidigung des Territoriums, sondern wurden auch auf die Sicherheit der Bevölkerung, die Verteilung des Wohlstands und die Erbringung öffentlicher Leistungen ausgeweitet. Egal ob diese Staatsformen auf Streiks, Aufstände oder Reformen zurückgingen, führten sie stets dazu, dass größere Teile der Bevölkerung einen stabilen Staat befürworteten.

Die Zeiten staatlicher Sozialutopien sind allerdings endgültig vorbei. Niemand versucht uns noch eine rosige Zukunft zu versprechen. Auf der ganzen Welt wurden Utopien durch *Dystopien* ersetzt. Zum Beispiel die von weißen Rassist*innen heraufbeschworene Bedrohung eines *großen Austausches*, die Furcht einer totalitären Gesellschaft unter der Herrschaft künstlicher Intelligenz oder der unmittelbar bevorstehende Kollaps unserer Lebensgrundlagen. Und wenn die traditionellen Linksparteien versuchen, uns mit ihren frisch entstaubten Programmen und Versprechungen von Wandel zu verzaubern, dann geschieht dies nur noch, um den drohenden Aufstieg von Rechtsextremen in Machtpositionen zu verhindern.

Das 21. Jahrhundert begann mit dem von den USA angezettelten *Krieg gegen den Terrorismus*. Die allgegenwärtige Bedrohung eines unmittelbar bevorstehenden *Terroranschlages* rechtfertigt jeden Krieg, jede Form staatlicher Überwachung und alle Arten von Sonderregelungen im In- und Ausland. Dazu gehören der *Krieg gegen den Drogenhandel* in Mexiko, die *Entnazifizierung der Ukraine* durch Russland, die *Aus-*

löschung der Hamas durch Israel, die *Vernichtung der zionistisch-wahabitischen Verschwörung* in Syrien, die *Zerschlagung des kurdischen Terrorismus* in der Türkei, die *Beendigung des Tuareg-Sezessionismus* in Mali, die *Zerschlagung des Mapuche-Terrorismus* in Chile und viele andere. Diese manchmal realen, manchmal schlichtweg erfundenen Bedrohungen sollen von den inneren Spannungen einer Gesellschaft ablenken und den Fokus auf einen gemeinsamen, die nationale Einheit aufrechterhaltenden *Feind* lenken. Ein allzu grosser Protest im eigenen Land wird hingegen zum *inneren Feind* erklärt, wenn er sich nicht mit dem ihm zugestandenem Verhandlungsspielraum zufrieden gibt. Ein Staat ist wie eine belagerte Festung, ununterbrochen von Feinden in ihrem Inneren oder vor ihren Toren bedroht. Seine Autorität gründet auf der Bedrohung.

Der Ausnahmezustand ist zu seiner Beziehung zur Außenwelt geworden. Er lässt nur mehr oder weniger autoritäre Methoden zur Bewältigung der unausweichlichen Katastrophe zu. Der von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden heraufbeschworene Notstand wurde von den Regierungen übernommen und schließlich zum universellen Motiv der Politik. Sowohl Regierung als auch Aktivismus handeln nur noch im Namen der Dringlichkeit. Und dieser Imperativ verschleiert den Unterschied, den Konflikt und die Ungleichheit: Wir sollen uns alle gleichermaßen betroffen, gleichermaßen Opfer, gleichermaßen verantwortlich und gleichermaßen mobilisierbar fühlen.

Wir reagieren auf eine *soziale Notlage*, rufen den *ökologischen Notstand* aus, hetzen von einem Ereignis zum nächsten, kämpfen hier gegen die Umweltzerstörung und mobilisieren dort gegen eine Staatsreform, versuchen die Leute für mehr Menschlichkeit oder gegen den Faschismus auf die Straße zu bringen. So wichtig alle diese Kämpfe auch sind, rauben sie uns unsere Energie, denn ohne übergeordnete Strategie, rennen wir herum wie kopflose Hühner.

Den Horizont finden

Militarisierung der Städte, Grenzsicherungen, Intensivierung von Polizeikontrollen, digitale Überwachung, Reisebeschränkungen, Denunzierung und Hausarrest: Der Umgang der Regierungen mit der COVID-19-Pandemie hat gezeigt, dass autoritäre Maßnahmen großflächig und langfristig umsetzbar sind. Es bedarf nur einer durchdachten Argumentation oder einer gut genutzten Krise, um sie bei Bedarf zu reaktivieren.

In den vergangenen Jahren prägten bislang wenig beachtete Ereignisse die Schlagzeilen der Nachrichtenkanäle: das Sterben der Meere, brennende Wälder in Australien und im Amazonas, Wirbelstürme oder verheerende Überschwemmungen. Die Diskrepanz zwischen den Stellungnahmen und Maßnahmen der Regierungen und dem tatsächlichen Ernst der Lage entgeht niemandem mehr. Die *Klimaangst* hat sich, da wo wir das Privileg haben, keinen dringenderen Grund zur Sorge zu haben, zum Leiden unserer Epoche entwickelt. Doch sie ist nur ein weiterer Faktor, der zum Zustand der allgemeinen Lähmung beiträgt. Die tägliche Nachrichtenflut von Kriegen, Hungersnöten, humanitären Katastrophen oder Großbränden lässt uns in einem Schockzustand zurück. Es ist eine naheliegende Überlebensstrategie, diese Menge an Informationen zu verdrängen und einfach weiterzuleben, als ob nichts wäre. Auf unsere eigene Ohnmacht zurückgeworfen, sind wir einmal mehr dazu verdammt, auf ein unwahrscheinliches Einlenken der Machthabenden dieser Welt zu hoffen und können bestenfalls versuchen, Druck auf sie auszuüben.

Die reale und gefühlte ökologische Katastrophe hat unbestreitbar eine starke Mobilisierungskraft, vor allem wenn konkrete Ziele identifiziert und entsprechende Strategien für Aktionen entwickelt werden. Menschen, die für die Verteidigung ihrer Territorien kämpfen, politische Organisationen und Umweltbewegungen rufen dazu auf, etwas gegen den

Klimanotstand zu tun. Damit wollen sie auf Probleme aufmerksam machen, Kräfte bündeln, radikalere Praktiken legitimieren und neue Bündnisse schaffen. Wenn dieser Notstand allerdings breit anerkannt wird und die Interessen der herrschenden Klassen berührt, könnte der Hebel in eine andere Richtung kippen. So wie bereits viele ökologische Anliegen von liberalen und rechten Diskursen übernommen worden sind, könnte auch die Klimakrise eine neue autoritäre Wende nach Art der Kommunistischen Partei Chinas rechtfertigen.

Während die Jugend der Zentren ihrer tragischen Zukunft entgegenblickt, träumt die Jugend der Ränder mit dem Rücken zur Wand in einer zunehmend unerträglichen Gegenwart von einer möglichen Zukunft. Diese unterschiedlichen Formen der Ungewissheit führen zu einer Fremdartigkeit zwischen unseren jeweiligen Situationen. Doch wie viel Zeit auch immer uns noch bleibt, es liegt an uns, sie anders zu gestalten.

Wir müssen unsere eigene Zeitlichkeit finden, uns gemeinsam Raum und Zeit wieder aneignen und einen eigenen Weg finden, die *Notbremse* zu ziehen. Ob wir in einer heruntergewirtschafteten, kriegsgebeutelten oder von Umweltkatastrophen heimgesuchten Gesellschaft leben oder im erstickten Herzen der westlichen Festung auf ihren Zusammenbruch warten – um weiterzukommen, brauchen wir einen gemeinsamen, alle unsere Situationen miteinbeziehenden Plan. Wir sollten uns gewisse Fragen stellen:

- Was macht eigentlich diesen allgegenwärtigen Notstand aus?
- Bietet er uns Möglichkeiten?
- Wie können wir aus ihm Energie schöpfen, und wie nimmt er uns Energie?
- Was können wir auf der Suche nach dem drängendsten Problem gewinnen?
- Welche exorbitanten Mittel wird der Notstand dereinst auf der gegnerischen Seite rechtfertigen?

Wer auch immer den *Notstand* als Grundlage seiner Handlungen heraufbeschwört, nutzt ihn als politisches Manöver. Ein Manöver, das den Gegner um den Finger wickeln und ihn für die eigenen Ziele instrumentalisieren soll. Und es besteht wenig Zweifel darüber, wer dieses Spiel am Ende gewinnen wird. Bei sozialen Bewegungen bringt das Gefühl von Dringlichkeit immer die Gefahr von Spaltung und Erschöpfung mit sich. Im Gegensatz dazu sollten wir unsere Energie und unsere Handlungen fokussieren und dort zuschlagen, wo es einen Unterschied macht. Ohne dabei die Augen vor den äußeren Umständen zu verschließen, die uns drängen oder paralisieren. Wollen wir uns gegen diese Angriffe organisieren, müssen wir eine gemeinsame Perspektive finden und langfristige Beziehungen aufbauen, die uns die Kraft geben, aus den nächsten Aufständen nicht mehr als Verlierer*innen hervorzugehen.

Aus dem Exil eine Position des Angriffs machen

Jeder Versuch einer Revolution, jeder gescheiterte Aufstand drängt eine neue Generation von Revolutionär*innen ins Exil. In Kairo, Bagdad oder Santiago hinterliessen die Revolten Menschen, die nie wieder in ihr früheres Leben zurückkehren können. Nicht allein wegen der existenziellen Veränderung im eigenen Leben, sondern auch wegen dem Preis, den sie für den Kampf bezahlen mussten. Jeder verlorene Aufstand hat seine Konsequenzen.

Abgesehen vom Scheitern der Revolte selbst, bedeutet eine Niederlage für die Aufständischen oftmals Tod, Verstümmelung, Trauma und Haft. Andere wiederum müssen die schmerzhafteste Entscheidung treffen, ihr Land und ihre Liebsten zu verlassen. Die jüngsten Revolten trieben eine ganze Generation von Revolutionär*innen aus Syrien, dem Sudan, dem Iran, Haiti und Hongkong ins Exil, wo sie mit früheren Generationen von Vertriebenen aus Kurdistan, Palästina und Sri Lanka zusammentrafen.

Exil ist nicht nur die Folge politischer Unterdrückung. Auch jene Menschen, die ihre Heimat in der Hoffnung auf ein bes-

seres Leben, aufgrund einer Bedrohung für ihr Leben oder ihre Gesundheit, exorbitant gestiegener Lebenskosten oder der Zerstörung ihrer Böden verlassen mussten, leben im Exil. Sie sind aufgebrochen, um ihren Kindern eine Zukunft zu ermöglichen, sind geflüchtet, weil sie ihre politischen Überzeugungen oder ihre Sexualität ausleben wollen. Überall an den Rändern, vor allem in den Ländern des Südens, ist bleiben aufgrund der vielen Bedrohungen zu einem Risiko geworden. Die *Migrationskrise* hat gerade erst begonnen. Durch die globale Klimaerwärmung werden die Ressourcen in den kommenden Jahrzehnten knapper und große Teile der Erde werden unbewohnbar sein, was zu massiven Migrationsbewegungen führen wird. Paradoxerweise verstärken die Militarisierung der Grenzen und die Zentren zur Verteilung von Migrant*innen – die sogenannten Hotspots – den Wunsch nach Emigration.

Angesichts von Herrschaft, Ausbeutung und Erniedrigung bleiben uns drei Optionen: Überleben, Fliehen oder Aufbegehren. Ob in Senegal, Haiti oder Libanon, der Zorn der Menschen wächst im Gleichschritt mit der Emigration. Die Einteilung in sogenannte *Wirtschafts-*, *politische-* und *Klimaflüchtlinge* ergibt nur für Staaten und ihre Bürokratie einen Sinn.

Die Revolte und das Exil sind unterschiedliche Reaktionen auf Probleme, denen die gleiche Ursache zugrunde liegt: die exponentielle Verschlechterung der Lebensbedingungen und die Ausbreitung repressiver Regime. Seit Beginn dieses Jahrhunderts haben sich die Menschen auf der ganzen Welt gegen die Verantwortlichen ihres materiellen und sozialen Elends erhoben. Ob global oder lokal, ob autoritär oder liberal, die herrschenden Klassen sind alle besessen davon, ihre Macht und ihren Reichtum aufrecht zu erhalten. Ein Reichtum, der immer auf der grenzenlosen Ausbeutung von Ressourcen und Körpern der Ränder beruht. Es ist demnach nur logisch, dass die Menschen aus diesen Regionen versuchen, in die Zentren zu gelangen, um sich zurückzuholen, was ihnen genommen wurde.

Tödliche Pfade

Wenn wir uns entschließen oder wenn wir gezwungen werden, unser Land zu verlassen, beginnt ein neuer Kampf. Die Exilrouten werden Tag für Tag feindseliger: Das Mittelmeer und der Ärmelkanal wurden zu Massengräbern, der Weg von Lateinamerika in die USA führt über tödliche Pfade und die Durchquerung der Sahara drängt viele afrikanische Migrant*innen in die Sklaverei in Libyen. Das Exil ist lebensbedrohlich. Wie die Aufstände ist es ein Akt der Verweigerung. Entweder lehnen wir uns auf oder wir gehen und manchmal lehnen wir uns auf *und* gehen dann, weil wir die Situation, nicht mehr länger ertragen können oder wollen. Wir fliehen, weil die Flucht trotz der vielen Gefahren immer noch sicherer ist, als zu bleiben.

Die Regierungen setzen zur Zeit alle Hebel in Bewegung, um unerwünschte Migration zu verhindern: Sie erhöhen ihr Sicherheitsdispositiv und militarisieren die Grenzen, sie schränken die Bewegungsfreiheit ein, errichten Zäune und kriminalisieren die Solidaritätsbewegung mit Menschen auf der Flucht. Mit Frontex hat die Festung Europa eine spezialisierte Agentur aufgebaut, mit der sie diejenigen von uns, die über das Meer kommen, aus dem Schengen-Raum fernhält. In dieser Thematik kooperieren die Staaten hervorragend. Durch lukrative Abkommen versuchen Europa und die USA, ihre Grenzen in die Türkei, afrikanische Länder oder nach Mexiko auszulagern. Von den Regierungen dieser Länder fordern sie im Gegenzug zu Darlehen und Investitionen die *Eindämmung der Migrationsströme*.

Die EU bot dem wirtschaftlich am Boden liegenden Tunesien hundert Millionen Euro zur Verhinderung *illegaler Einwanderung* an. In der Folge wurden Schwarze Menschen gewaltsam aus Tunesien vertrieben und in einem *Niemandesland* mitten in der Wüste sich selbst und dem Tod überlassen. Der tunesische Präsident Kais Saïed übernahm dabei die von

europäischen Rechtsextremen propagierte Erzählung des *großen Austausches*. Diese Verschwörungstheorie behauptet, dass die weiße europäische Zivilisation demografisch und kulturell durch die Zuwanderung von nicht-weißen, insbesondere muslimischen Migrant*innen ersetzt wird. In Saïeds Version werden Schwarze Migrant*innen beschuldigt, die demografische und kulturelle Zusammensetzung Tunesiens zu verändern. Durch seine ständige Wiederholung setzte sich dieser Diskurs in einer Gesellschaft mit eigener Rassismusgeschichte durch, es kam zu Mobs, die Schwarze Menschen angriffen und ihre Abschiebung forderten.

Im Sudan finanzierte die Europäische Union zur *Begrenzung illegaler Migration* die *Rapid Support Forces*, die berüchtigte *Dschandschawid-Miliz* von General Mohammed Daglo. Diese paramilitärische Truppe hatte sich direkt an der Unterdrückung der Revolution beteiligt und zog nach dem Umsturz gegen die sudanesischen Streitkräfte in den Krieg, in Darfur führte sie unter anderem mit Hilfe dieser Finanzierung eine ethnische Säuberung durch.⁶ Seit 2018 wurden im Sudan durch Unterdrückung und Krieg mehr als zehn Millionen Menschen vertrieben.

Um den Schein der eigenen humanitären Prinzipien zu wahren, verlagern die europäischen Demokratien einen Teil der Gewalt, die sie bereit sind, gegen uns anzuwenden, dorthin, wo niemand genau hinschaut. Einerseits üben sie diese Gewalt ungehemmt in den Vorstädte der europäischen Metropolen aus, andererseits finanzieren sie jenseits ihrer Grenzen blutrünstige Gewaltapparate, die uns den Weg versperren sollen. Die britische Regierung versuchte 2024 die Abschiebung *illegaler Migrant*innen* egal welcher Herkunft nach Ruanda einzuführen und versuchte dadurch ein Klima der Angst zu erzeugen, das Menschen von der Abreise abhalten soll. Ohne Kolonialismus hätte es in Europa keine Aufklärung gegeben.

⁶ Im Oktober 2025 beging sie ein genozidales Massaker in der sudanesischen Stadt Al-Faschir (A.d.Ü.).

In Anbetracht dieses institutionalisierten, fremdenfeindlichen Angriffs ist es mehr denn je notwendig, mit Aktionen an den Grenzen einen sicheren Grenzübertritt zu ermöglichen. In den letzten Jahren wurde in Europa eine autonome Koordination für die solidarische Seenotrettung mit Rettungsbooten, Alarmphone, Verhandlungen und öffentlichen Mobilisierungen aufgebaut. Wo bereits Solidaritätsnetzwerke bestehen, können wir diese stärken und ihre Kapazitäten ausbauen. Wo sie fehlen, müssen wir sie aufbauen. Eine unserer wichtigsten Aufgaben ist es, mehr logistische Unterstützung entlang der Migrationsrouten zu leisten, damit unsere Mitstreiter*innen nicht mehr auf der Flucht sterben. Wir trauern um all jene, die nach einer Niederlage, aufgrund von Verfolgung oder einfach nur, weil sie auf der Suche nach einem würdigen Leben waren, auf der Flucht ihr Leben lassen mussten.

Aber die bloße Solidarität mit Geflüchteten in den Ankunftsländern reicht nicht aus. Bewegungsfreiheit beschränkt sich nicht auf einen sicheren Grenzübertritt oder die Legalisierung von Migration. *Bewegungsfreiheit* bringt nicht viel, wenn sie nicht auch die Möglichkeit zu bleiben oder zurückzukehren beinhaltet. Wir kämpfen für ein würdiges Leben für alle und überall und wir werden es nicht länger hinnehmen, dass gewisse Staaten den Anspruch erheben, für das *gute Leben* zu stehen, während sie überall sonst auf der Welt die Grundlagen genau dessen zerstören.

Im Ankunftsland

Die Strapazen sind am Ende der Reise noch lange nicht vorbei. Im *Aufnahmeland* angekommen, sind wir mit der Notwendigkeit »legal« zu werden konfrontiert. Eine ganze Reihe von Behörden entscheidet darüber, ob wir ausreichend *gute Gründe* hatten, unser Land zu verlassen, ob wir genügend reich oder gebildet, oder zumindest *talentiert* genug sind, um

im Ankunftsland bleiben zu dürfen. Uns erwartet ein langwieriger Prozess mit Befragungen, bürokratischen Hürden und täglichen Demütigungen, an dessen Ende wir einer Kategorie zugeteilt werden. Einige von uns bestehen den Test, andere hingegen werden abgelehnt und als *Illegale* abgeschoben. Zur bürokratischen Zermürbung kommt die materielle Unsicherheit hinzu. Der Kampf um ein Leben in Würde beginnt von Neuem. Wir müssen ein Dach über dem Kopf und eine Arbeit finden, eine neue Sprache, neue Regeln und gesellschaftliche Normen erlernen.

Wer vor politischer Verfolgung fliehen musste, ist im Exil nicht automatisch in Sicherheit. Die Kriminalisierung aufgrund politischer Aktivitäten geht oftmals weiter, wie beispielsweise bei kurdischen oder uigurischen Aktivist*innen in der Türkei. Anderen hingegen drohen neue Gefahren oder sogar Mord, wie im Fall von Rouhollah Zam, einem iranischen Aktivist, der in Frankreich im Exil lebte, im Irak entführt und anschließend im Iran hingerichtet wurde. Die chinesischen Behörden haben in Europa und in den Vereinigten Staaten geheime Polizeireviere zur Überwachung ihrer Landsleute aufgebaut. In Großbritannien schafften sie es, mit der Androhung von Kürzungen der Investitionen in den Wissenschaftsbetrieb den Aktivismus gegen die Kommunistische Partei Chinas an den Universitäten zu unterbinden.

Neben der staatlichen Unterdrückung und der Polizeigewalt bedroht uns auch die zunehmend feindselige Stimmung in der lokalen Bevölkerung. Überall werden Wahlen von einer Berichterstattung begleitet, die Rassismus und Islamophobie normalisiert. Aus Angst angesichts des Aufstiegs reaktionärer Kräfte an Boden zu verlieren, beginnen die »moderaten« Kräfte, in dieselbe Kerbe zu schlagen. Mit der Stigmatisierung von Ausländer*innen als Bedrohung, als einer der Hauptursache für die Verschlechterung der Lebensbedingungen, werden sie zum Sündenbock für die Wut und die Angst der *Bürger*innen* gemacht. Den Regierenden kommt das ganz gelegen. Sie

können mit der gleichen Argumentation die zunehmende Ungleichheit rechtfertigen, den Wohlstand der Reichen steigern und diese gleichzeitig von der Verantwortung für die Prekarisierung aller Anderen entbinden. Nachdem rechtsextreme Kreise mit Falschinformationen über eine Gewalttat die rassistische Stimmung angeheizt hatten, kam es in zahlreichen Städten Großbritanniens zu Ausschreitungen, bei denen die Randalierenden People of Color und muslimische Institutionen angriffen. Das kann durchaus als Zeichen der Zeit interpretiert werden. Selbstverständlich sind in dieser Denkweise nur arme Menschen Ausländer*innen.

Fremdenfeindlichkeit kann aber auch subtilere Formen annehmen. Rassistische Diskriminierung geht nicht nur von staatlichen Institutionen aus, sie betrifft alle. Als Exilant*innen wird uns eine politische Rolle im Ankunftsland grundsätzlich verweigert, selbst wenn man uns Mitgefühl oder Sympathie entgegenbringt und auch dann, wenn wir aus ausschließlich politischen Gründen ins Exil gegangen sind. Der Westen ist voller weltoffener Menschen, die sich für unsere Kultur, unsere Musik, unsere Küche und unsere Sprache interessieren – sie finden sie köstlich und faszinierend – uns aber belächeln, wenn wir unsere Meinung zum Weltgeschehen äußern. Den Menschen im Exil wird entweder eine entpolitisierte, humanitäre Hilfe benötigende Rolle zugeschrieben, um die Nächstenliebe der Linken zu nähren und deren schlechtes Gewissen zu besänftigen, oder sie werden zu einem folkloristischen Objekt, auf das die Einheimischen ihre Fantasien des Exotischen projizieren können. Der im Zeitalter der Globalisierung entstandene *Multikulturalismus* ist das Beruhigungsmittel für die Zerstörung von Kulturen und Welten.

Auch antirassistische Gruppen und die Solidaritätsbewegung mit Geflüchteten sind nicht frei von diesen Mechanismen. Unsere Analysen und unser Engagement in den Bewegungen unserer jeweiligen Herkunftsländer stoßen auf wenig Interesse. Für die meisten bleiben wir *Fremde*. Die anhaltende

Ignoranz gegenüber den Kämpfen außerhalb ihrer nationalen und ideologischen Raster von einigen »Gefährt*innen«, deren Bekanntschaft wir im Exil machen, ist eine Form von herablassendem Paternalismus. Sie reduziert uns auf die Rolle von Opfern, die mehr oder weniger selbst verschuldet ihr Unglück erdulden müssen: die Wirtschaftskrise in Sri Lanka, die Bürgerkriege in Syrien oder im Sudan, die Taliban in Afghanistan usw. Das Absprechen unserer Subjektivität und unserer politischen Praxis führt zu hunderten verpassten Gelegenheiten, wodurch das Leiden der Aufständischen im Exil vergrößert und den lokalen Zusammenhängen Erkenntnisse, Erfahrungen und Know-How entgehen, die ihre Kämpfe voranbringen könnten.

In Griechenland führte die Solidarität mit den Geflüchteten trotz der Wirtschaftskrise zu einer großen Mobilisierung von Anarchist*innen und Revolutionär*innen. In den Städten wurden Häuser besetzt, in denen auf den Prinzipien der gegenseitigen Hilfe sichere Räume geschaffen wurden. Hier gab es bessere Lebensbedingungen und mehr Unabhängigkeit als in den staatlichen Lagern. Es gab Gemeinschaftsküchen, direkte Hilfe zur Deckung von Grundbedürfnissen wie Kleidung, Sprachkurse und Arbeit, aber auch der Zugang zu körperlicher, psychischer, sexueller und reproduktiver Gesundheitsversorgung wurde gewährleistet. Exilant*innen und solidarische Menschen organisierten gemeinsam Selbstverteidigungskurse und lernten, wie sie sich gegen Angriffe von Faschos und vom Staat wehren konnten. Jahre später verlor die Bewegung aufgrund von Erschöpfung, Perspektivlosigkeit, dem Fehlen gemeinsamer Ziele und der Gentrifizierung ihrer Stadtteile an Dynamik.

Unsere drängendste Aufgabe besteht gewiss darin, Zufluchtsorte aufzubauen und miteinander zu verbinden, und dadurch ein Minimum an Nothilfe zu gewährleisten. Genau so wichtig ist allerdings auch der Aufbau und die Festigung nachhaltiger Strukturen, durch die wir neue Kraft schöpfen,

unsere Traumata heilen, Einsamkeit und Entwurzelung überwinden und unsere materiellen Lebensgrundlagen sichern können. Damit das möglich ist, müssen wir die Bedingungen schaffen, einander zu begegnen.

Austausch und Begegnungen vervielfachen

Internationalismus war genauso wie die revolutionäre Theorie schon immer eng mit Exil, Migration und Diaspora verbunden. Zahlreiche Revolutionär*innen der Geschichte verbindet, dass sie irgendwann in ihrem Leben ihr Herkunftsland verlassen haben – sei es durch Abschiebung, Migration, Exil oder um sich einer Guerillaorganisation anzuschließen. Dadurch wurden ihre Ideen mit neuen Realitäten konfrontiert, sie lernten andere Kontexte kennen und verbreiteten die Erzählungen und Analysen über die Ereignisse, die ihre Länder erschüttert hatten, in der ganzen Welt. Es ist kein Zufall, dass die transnationale Mobilität von Revolutionär*innen von enormer Wichtigkeit für ihre Praxis und für die Verbreitung ihrer Ideen war.

Internationalismus ist nicht nur die Vernetzung von Personen, sondern auch von Ideen und Praktiken. Unter Exil verstehen wir, trotz der Verschiedenheit der lokalen Kontexte und der spezifischen Herausforderungen, gemeinsame Perspektiven zu entwickeln. Das Exil kann als Fortsetzung des Aufstandes verstanden werden, als Brücke, die ihn mit dem Rest der Welt verbindet. Mit dieser Sichtweise könnte das tiefe Unverständnis abgebaut werden, mit dem viele der gegenwärtigen Revolten, unter anderem aufgrund mangelnder Beziehungen zwischen Revolutionär*innen in den verschiedenen Teilen der Welt, konfrontiert sind.

Ungeachtet des täglichen Kampfes um Legalisierung und würdige Lebensbedingungen und der Tatsache, dass wir uns aus guten Gründen in erster Linie mit der Solidarität des

Kampfes in unseren Herkunftsländern befassen, müssen wir überall, wo wir ankommen, mit lokalen und immigrierten emanzipatorischen Kräften in Verbindung treten. In Berlin organisiert eine ganze Generation von Exilant*innen mit ihren Verbündeten gemeinsame Demonstrationen für die Befreiung Palästinas, Syriens, der Ukraine, des Irans und des Sudans. Die vereinte Kraft migrantischer Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern, ermächtigt Exilant*innen und durchbricht die Isolation ihrer marginalen oder minoritären Kämpfen.

Wenn sich Exilant*innen an lokalen Mobilisierungen beteiligen oder diese initiieren und Bündnisse mit den vor Ort agierenden Kräften bilden, ist das vielleicht der beste Weg, Kämpfe mit neuen Mitteln, Verbündeten und Perspektiven fortzuführen. Im Exil lassen sich die Vernetzung zwischen Revolutionär*innen aus verschiedenen Regionen leichter aufbauen, wodurch wir unseren Gefährt*innen und Angehörigen, die wir an der Front oder unter den Bomben zurücklassen mussten, mehr materielle und politische Unterstützung zukommen lassen können.

Wenn eine Kraft entstehen soll, die in der Lage ist, revolutionäre Bestrebungen überall dort zu koordinieren und zu unterstützen, wo sie entstehen, müssen die über die ganze Welt verstreute Generationen der Besiegten und Exilierten zusammenkommen. Eine solche Kraft könnte durch materielle und emotionale Unterstützung bei Niederlagen, Erschöpfung und fehlenden Mitteln helfen. Darüber hinaus bietet sie möglicherweise ein noch wirksameres Heilmittel: die Vorbereitung unserer Antwort.

Internationalismus von unten

O bwohl alles daran gesetzt wurde, ihre Bedeutung herunterzuspielen, ihre Kommunikationswege zu unterbrechen und ihre Inhalte zu verfälschen, war die emanzipatorische Kraft der Revolten ansteckend. Hoffnung, Mut und Aufstand durchdrangen Körper und Territorien und überwandten alle Grenzen. Der Tod eines tunesischen Straßenverkäufers im Dezember 2010 löste eine der größten Revolutionswellen der Geschichte aus. Das auf den Straßen des Libanons skandierte *Kilon yani kilon*⁷ war ein spätes Echo des argentinischen *Que se vayan todos*⁸ und des tunesischen *Dégage*.⁹ Feminist*innen auf der ganzen Welt rufen *Jin, Jiyan, Azadi*.¹⁰ In Brüssel, in Lausanne und in Paris gingen die Menschen nach dem Mord an Nahel gegen Polizeigewalt auf die Straße. Auf den Demos in Kolumbien wurden die Parolen und Gesänge von chilenischen Mitstreiter*innen übernommen. Durch die vorübergehende Überwindung nationalstaatlicher Grenzen hatten die

7 Alle, wir meinen wirklich alle.

8 Sie sollen alle verschwinden.

9 Hau ab!

10 Frauen, Leben, Freiheit.

Aufständischen dieses Jahrhunderts manchmal das Gefühl, gemeinsam gegen einen vielgestaltigen Feind zu kämpfen. Vorne dieselben Bullen, hinten die gleichen Banken, oben dieselben Arschlöcher.

Ein Gefühl allein macht noch keinen gemeinsamen Kampf. Die in Ägypten revoltierenden *Ultras* unterstützen den Aufstand im benachbarten Libyen nicht. Die globale Räte-Bewegung ließ den lokalen Räten in Syrien keine Unterstützung zukommen. Die Zapatist*innen hatten nicht die Kapazitäten, erfahrene Kader zu den Vollversammlungen nach Chile oder Kolumbien zu entsenden. Einzig die Hacker von Anonymous überwandten die Grenzen und griffen zur Unterstützung der Revolten die digitalen Festungen an.

Wegen der mangelnde Unterstützung durch revolutionäre Kräfte mussten die syrischen Rebell*innen Waffen und Geld von Saudi-Arabien und der Türkei, der palästinensische Widerstand von Iran und Katar annehmen. Die Kurd*innen der Partei der Demokratischen Union sind vom syrischen Regime abhängig und baten sowohl bei dessen Verbündeten Russland als auch bei den Vereinigten Staaten um Hilfe. Aufständische aus Westafrika setzen auf die Unterstützung Russlands und Chinas, um sich von der Abhängigkeit von Frankreich zu befreien. Der Widerstand der Menschen in der Ukraine musste sein Schicksal in die Hände des Westens legen.

In den letzten Jahren war es für viele Revolutionär*innen überlebenswichtig, auf die Unterstützung von Großmächten zu setzen – wie könnte man ihnen dies zum Vorwurf machen? Soll man sie etwa dazu auffordern, sich weiterhin unterdrücken zu lassen, zu kapitulieren oder tatenlos abzuwarten, bis die Bomben fallen? Der Mangel an echter internationaler Solidarität isoliert Revolutionär*innen und führt zur Vereinnahmung ihrer Forderungen durch ausländische Akteur*innen, denen es mehr um ihre eigenen Ziele geht, als um die Interessen derjenigen, denen sie angeblich helfen. Die von der ganzen Welt im Stich gelassenen syrischen Revolutionär*in-

nen fragten: *Die Regierungen haben uns verraten. Aber wo sind die Völker?*

Das Problem der Solidarität

Nachdem der Irak während der US-Invasion bombardiert und die lokalen Saatgutbanken zerstört worden waren, überschwemmten internationale Organisationen die Anbaugelände mit gentechnisch verändertem Saatgut und verteilten es an Bäuer*innen, damit diese ihre Arbeit wieder aufnehmen konnten. Um dieses Saatgut verwenden zu können, mussten sie jedoch spezielle chemische Düngemittel und Pestizide von ausländischen Unternehmen kaufen, weswegen sich die meisten Bäuer*innen stark verschuldeten und in der Folge ihr Land verlassen mussten. So wurde die humanitäre Hilfe zur Fortsetzung kolonialer Herrschaft und drängte eine der Wiegen des Ackerbaus in den Ruin.

In den vergangenen rund vierzig Jahren wurde der Internationalismus Schritt für Schritt durch *internationale Hilfe* ersetzt. Weil er nicht als neutral galt, wurde er auf dem Altar der *Entwicklungshilfe* geopfert. Dieses Konzept steht schon lange in der Kritik, da es die Länder des Südens in Abhängigkeitsverhältnisse zu den großen NGOs des Nordens drängt und Hierarchien reproduziert. Humanitäre Hilfe kann in gewissen Situationen Leben retten, sie bekämpft allerdings selten die Ursachen der Probleme. Sie ist wie ein Pflaster, das die Blutung nicht stoppen kann. Selbst wenn sich die internationale Hilfe weniger zynisch gibt und sich *internationale Solidarität* nennt, und selbst wenn sie versucht, den betroffenen Menschen konkrete Hilfe anzubieten, hat sie immer auch negative Folgen.

Besonders deutlich zeigt sich dies am Beispiel von Palästina: Nach dem Oslo-Abkommen strömten massenhaft NGOs, Stiftungen und internationale Organisationen ins Land. Die aus den verschiedenen *Intifadas* hervorgegangenen Formen von

Selbstorganisation wurden in der *Zivilgesellschaft* verwässert, der Widerstand wurde formalisiert und zu *Projekten* mit Logos, Absichtserklärungen und Budgets gedrängt. Die Finanzmittel waren an unpolitische Projekte gebunden, wodurch die Basisbewegung und der Widerstand aus der Bevölkerung geschwächt wurden. Darüber hinaus üben die israelischen Besatzungsbehörden eine totale Kontrolle über jegliche Basisorganisationen im Westjordanland und in Jerusalem aus. Somit ist es nicht erstaunlich, dass die reaktionäre Organisation Hamas so viel Unterstützung erfährt, denn sie verkörpert derzeit die einzige Chance auf nationale Befreiung.

Diese Formen der Solidarität sind von oben nach unten gerichtet und machen ihre Hilfe von Vorschriften und Fristen abhängig, die nichts mit den Kämpfen in den Territorien zu tun haben. Ganz zu schweigen von der Loyalität, den Codes und den sprachlichen und bürokratischen Hürden, die sie erwarten.

Wer Unterstützung von außen in Anspruch nehmen möchte, muss seine Sache akzeptabel, ja attraktiv verkaufen. Es entsteht ein Abhängigkeitsverhältnis, in dem die mögliche finanzielle Unterstützung über die Sache an sich gestellt wird. Ein Anliegen wird so formuliert, dass es möglichst gut ankommt, auf dem Solidaritätsmarkt konkurrenzfähig ist. Diese Art von Solidarität verändert das Wesen der Kämpfe und unterwirft die Ränder der Kontrolle und dem Einfluss der Zentren, egal ob es dabei um den Westen, Russland, die Türkei, China oder die Golfstaaten geht. Die syrischen Revolutionsbrigaden mussten sich entweder die Bärte abrasieren, wollten sie Unterstützung aus dem Westen erhalten, oder sie wachsen lassen, wollten sie Geld aus Katar und Saudi-Arabien bekommen.

Selbst wenn *internationale Solidarität* von Organisationen und Kollektiven kommt, die den Kämpfen ihre Autonomie lassen und den direkt Betroffenen und vor Ort lebenden Menschen vertrauen, führt sie oft zu einseitigen Beziehungen. Die aktuelle Veränderung in Sprache und Praxis durch einen Teil der solidarischen Aktivist*innen zeugt von einem bewussteren Umgang

mit den durch das Unterstützungsverhältnis entstehenden Abhängigkeiten, geht aber doch nur auf einen Teil der Problematik ein. Um einen Schritt weiterzugehen, müssten direkt Betroffene gemeinsam mit solidarischen Personen und Organisationen politische und ethische Grundsätze sowie eine strategische Praxis für den Ausgleich der strukturellen Ungleichheit und der damit verbundenen Herrschaftsverhältnisse definieren. So könnten die Voraussetzungen für echte gegenseitige Hilfe geschaffen werden, die auf dem Aufbau gleichberechtigter und wechselseitiger Beziehungen zwischen Kämpfen und Territorien beruht.

Gegenseitige Hilfe

Gegenseitige Hilfe beginnt mit der Erkenntnis, dass wir zusammen sein und zusammen arbeiten müssen. Sie ist ein kontinuierlicher Prozess, während dem wir Beziehungen zueinander aufbauen und Vertrauen schaffen. Gegenseitige Hilfe bedeutet, füreinander da zu sein und keinen Unterschied zwischen Worten und Taten zu machen. Sie basiert nicht auf dem Wunsch, *etwas Gutes zu tun*, sondern heißt, die Kämpfe der Anderen als Teil der unseren zu betrachten und umgekehrt. In einer von Konkurrenz geprägten Welt, von der auch die revolutionären Kämpfe untereinander nicht frei sind, bedeutet es die Umkehrung des bestehenden Paradigmas.

Gegenseitige Hilfe hat kein Zentrum, sie wirkt in viele Richtungen, ohne dabei die uns durchdringenden Unterschiede und Machtverhältnisse außer Acht zu lassen. Als im 19. Jahrhundert die ersten Arbeiter*innen-Solidaritätskassen eingeführt wurden und die Streiks finanziell unterstützten, betonten sie ausdrücklich, dass es sich um *Darlehen* und nicht um Spenden handelte. Sie verlangten keine Zinsen und gingen auch nicht unbedingt davon aus, dass das Darlehen zurückbezahlt würde. Vielmehr wollten sie klarstellen, dass die Unterstützung nicht auf Gnade oder Wohltätigkeit beruht,

sondern eine Geste ist, die – zu einem anderen Zeitpunkt und in anderer Form – zu anderen Gesten aufruft. Gewiss wird eher finanzielle Unterstützung vom *Globalen Norden* aus in die Länder des Südens fließen als umgekehrt und diese Möglichkeit sollte voll ausgeschöpft werden. Jedoch ist dies keineswegs die einzige Form, die gegenseitige Hilfe annehmen kann, sie kann im Gegenteil auf ganz verschiedenen Ebenen stattfinden.

Die Grundlage gegenseitiger Hilfe ist materieller Natur. Sie führt uns zur *Minga*. In Abya Yala¹¹ schreibt sich dieses Prinzip in unterschiedlichen Formen der Arbeitsteilung und der gemeinschaftlichen Nutzung von Ressourcen und Gütern ein, die für kollektive Arbeiten und Bauprojekte notwendig sind: beim Umzug, bei der Bewirtschaftung von Feldern, beim Bauen. Die *Minga* entsteht dann, wenn Menschen, Nachbar*innen und Communities zusammenarbeiten und dabei die Freude, die Gemeinschaft, die Begegnung und die Erfahrung der kollektiven Kraft teilen. Wir erkannten während der Aufstände und ihren Folgen die Bedeutung materieller Unterstützung; vom Medikament bis zum Saatgut, beruht sie auf einem großen Netzwerk von Menschen und Orten – Mitstreiter*innen, die neue Wege einschlagen und Grenzen überwinden. Die Solidaritätskonvois, die 2008 die Basisorganisationen in Griechenland oder 2022 die Strukturen der gegenseitigen Hilfe in der Ukraine unterstützten, sind Erfahrungen, die anderswo übernommen, weiter ausgearbeitet und geteilt werden können. Darin liegt ein enormes Potenzial.

Aber auch dafür brauchen wir Geld. Wie könnte eine wirksame Struktur der finanziellen gegenseitigen Hilfe aussehen? Oder anders gesagt: Ist es möglich, eine Revolution oder eine Widerstandsbewegung ohne Hilfe der Mächtigen zu finanzieren? Viele Menschen, darunter kurdische, palästinensische oder burmesische, trugen in der Vergangenheit wie auch in

11 Vorkoloniale Bezeichnung für den amerikanischen Kontinent in der Sprache der Kuna.

der Gegenwart aus der Diaspora heraus dazu bei, dass der Widerstand in ihren Herkunftsländern weitergeführt werden konnte. Finanzielle Unterstützung von den Leuten für die Leute. Um nur ein aktuelles Beispiel zu nennen: Der burmesische Widerstand startete ein revolutionäres Crowdfunding und überwies Hunderte Millionen Dollars direkt an die einzelnen Widerstandsgruppen. Sei es durch eine große Zahl von Mikrobeträgen oder dem Aufbau transnationaler Netzwerke gegenseitiger finanzieller Unterstützung: Wir müssen uns von der Abhängigkeit und dem Wohlwollen von Staaten, NGO's und Mäzen*innen befreien.

Abgesehen von den unmittelbar materiellen Fragen kann sich gegenseitige Hilfe auch darin konkretisieren, den revoltierenden Menschen oder Gruppen eine Stimme zu geben. Die Aufgabe eines internationalen Solidaritätsnetzwerkes besteht auch darin, diese Stimmen durch die Maschen der Medien und das Hintergrundrauschen der reaktionären Kommunikationskanäle zu schleusen. Keine Revolution sollte sich je wieder von der Gleichgültigkeit der Welt verwaist oder verraten fühlen. Das bedeutet, dass in entscheidenden Momenten mit den Menschen vor Ort kommuniziert wird und Informationen aus dem Terrain zugänglich gemacht und für andere Zusammenhänge *übersetzt* werden. Solidaritätsaktionen müssen koordiniert und langfristige Kommunikationskanäle eingerichtet werden, um unsere Wahrnehmungen und Analysen der Situation zu teilen.

Das Schreiben einer gemeinsamen Geschichte, die sich aus all unseren Erfahrungen zusammensetzt, ist von entscheidender Bedeutung. Dies geschieht durch die Verbreitung von Erzählungen und Analysen vorangegangener Kämpfe und Erfahrungen. Die Durchführung einer antifaschistischen Kampagne, das Ausarbeiten einer feministischen Verfassung, die Entwicklung ökologischer Techniken, das Bekämpfen einer Armee von Trollen, sich gegen die Polizei zu verteidigen, Finanzierungsnetzwerke aufbauen oder die Versorgung

eines befreiten Gebiets mit dem Nötigsten – all dies sind Lernprozesse und Fähigkeiten, die wir untereinander teilen und verbreiten sollten. Die konservativen und konterrevolutionären Kräfte tun alles in ihrer Macht stehende, um unsere Aufstände als kriminelles Chaos, unsere Gefährt*innen als Terrorist*innen und unsere Errungenschaften als Misserfolge darzustellen. Der Kampf um Narrative und Bilder ist mehr denn je von zentraler Bedeutung, sowohl für die unmittelbaren Kämpfe als auch für die Pflege eines *Gedächtnisses der Zukunft*, wie es unsere chilenischen Mitstreiter*innen ausdrücken.

Gegenseitige Hilfe lebt von der Praxis. Hier eine Waffenfabrik blockieren, um andernorts die Intensität der Bombenangriffe verringern, hier einen multinationalen Konzern angreifen, um andernorts seine extraktivistischen Pläne zu durchkreuzen. Gegenseitige Hilfe bedeutet aber auch, Einfluss auf die sogenannte »öffentliche Meinung« zu nehmen. Sich in den verschiedenen Lebens-, Arbeits-, Bildungs- und Freizeitbereichen sowie im Kampf für Gerechtigkeit einzusetzen und diejenigen moralisch unterstützen, die in der Ferne kämpfen. Gegenseitige Hilfe ist der Motor des Internationalismus. Lokale Kämpfe können durch eine internationale Ausrichtung globale Schlagkraft entwickeln und sich gegen die ökonomischen Machtzentren richten, die ihrerseits ja auch keine Grenzen kennen. An gemeinsamen und relevanten Zielen mangelt es nicht.

Die globale Minga

Man wird uns vermutlich fragen: »Wieso sollen wir uns internationaler Kämpfe annehmen, wenn es schon so viel gibt, wofür oder wogegen wir hier bei uns kämpfen müssten? Führt das nicht bloss zu noch mehr Verzettelung und Erschöpfung?« Das Lokale erscheint uns oft als drängender und wichtiger,

als das, was in der Ferne geschieht. Der Versuch, an einem anderen Ort etwas zu verändern, währenddessen wir es nicht einmal bei uns selbst hinkriegen, mag illusorisch wirken. Internationalismus erscheint manchmal wie ein romantischer Traum – schön, aber naiv – ein Relikt aus der Vergangenheit, eine verstaubte Schachtel voller Souvenirs und Postkarten: Vietnam, Kuba, Algerien, Spanien...

Internationalismus aufbauen war allerdings noch nie ein Luxus, sondern eine Überlebensstrategie. Die revolutionären Bewegungen, die ihn zu einem ihrer Grundpfeiler machten, (die zapatistische, kurdische oder palästinensische Bewegung zum Beispiel), gehören zu den wenigen, die trotz ständiger Angriffe bis heute durchhalten. Für diese Bewegungen ist er ein Werkzeug, um ihre militärische Unterlegenheit gegenüber ihren Gegner*innen auszugleichen, den Kampf auf die Diplomatie auszuweiten und Unterstützungsnetzwerke auf dem ganzen Planeten aufzubauen. Gewiss sind die historischen Siege gegen den Kolonialismus in Irland, in Vietnam oder in Algerien durch die Aufständischen in ihrem eigenen Territorium errungen worden. Es spielte aber auch eine große Rolle, dass sie die Herzen der Menschen in den imperialen Zentren für sich gewonnen hatten und die Einwohner*innen dieser Länder schlussendlich selbst ein Ende der Kriege und Besatzungen gefordert hatten. Mit Aktionen aus dem *Herzen der Bestie* heraus wird die Frontlinie ausgeweitet und die Schauplätze der Auseinandersetzungen werden ins imperiale Zentrum verlagert. Sie sind notwendig, um den Aufständischen vor Ort den Rücken freizuhalten. Dies funktioniert nur, wenn die Abtrünnigen der Zentren ihnen zuhören und versuchen, ihre Parolen zu verstehen, anstatt sich einmal mehr selbst in den Mittelpunkt zu rücken und ihren Kämpfen die eigenen politischen Positionen und Analysen aufzudrücken.

Auch wenn wir uns hier an historischen Beispielen orientieren, verfallen wir nicht der Nostalgie eines »Goldenen Zeitalters« des Internationalismus. Im 20. Jahrhundert orientierte

sich der Internationalismus weitgehend an Staaten und Supermächten, und ist daran zerbrochen. Oft stärkte er den Nationalismus mehr, als dass er ihn bekämpfte. Die Verbundenheit mit der eigenen Erde und Kultur hat einen festen Platz in unseren Kämpfen, sie darf aber niemals mit ihrer Instrumentalisierung durch den Staatsapparat im Dienste der herrschenden Klassen verwechselt werden. Wir denken, Internationalismus sollte bei uns selbst beginnen, an den Orten unseres Alltags. Orte, deren Bevölkerung vielfältig, durchmischt, heterogen, ja international im eigentlichen Sinne des Wortes ist, sind dafür besonders geeignet. Metropolen und Grenzgebiete zum Beispiel oder die riesigen industriellen Landwirtschaftsflächen, die auf der Ausbeutung migrantischer Arbeitskräfte beruhen. Das Erschaffen von Netzwerken zwischen verschiedenen kämpfenden Randgebieten, zwischen den unterschiedlichen *Weltgegenden* könnte die Anziehungskraft der regionalen und globalen Machtzentren schmälern.

Unsere Territorien sind in transnationale Produktionslogiken eingebunden. Die Kraft einer lokalen politischen Initiative hängt von ihrer Fähigkeit ab, sich als Teil eines globalen Netzwerkes von Widerstandsbewegungen und Aufständen zu verstehen. Wenn sie außer Acht lässt, was sie mit dem Rest der Welt verbindet, wie sie von ihm abhängt und geformt wird, läuft sie schnell Gefahr, zu einer bloßen kulturellen, wirtschaftlichen oder sozialen »Alternative« zu werden. Andererseits verkommt der Internationalismus ohne lokale Verankerung zu einer wehmütigen Hymne auf die Vergangenheit oder einer netten Gelegenheit für ein Zusammentreffen der kosmopolitischen Elite des Aktivismus. Wir wollen, ungeachtet aller Hindernisse, die globale Ausbreitung der *Minga* in den kämpfenden Territorien und in den Basisbewegungen. Das verstehen wir unter einem *Internationalismus von unten*.

Bekommen wir mit, was anderswo läuft, gibt uns das Kraft, Mut und Inspiration, wenn es »zu Hause« düster und unerträglich wird. Denn irgendwo auf der Welt gibt es immer Menschen,

die sich organisieren und weitermachen. Obwohl die Rufe der Revolutionen seit 2011 durch die Straßen hallen und ein immer intensiverer Austausch stattfindet, gibt es noch immer kein Anzeichen für die Schaffung eines Ortes transnationaler revolutionärer Vernetzung, der in der Lage wäre die Vereinzelung der Revolten und Widerstandsbewegungen zu durchbrechen, ohne dabei ihre Forderungen und Ziele zu verfälschen. Wenn wir dereinst bereit sein wollen, in einem kritischen Moment zu intervenieren und tatsächlich etwas zu erreichen, sollten wir nicht länger damit warten, einen solchen Ort aufzubauen.

Feuer der Realpolitik. Für eine revolutionäre Zärtlichkeit.

Es wird nicht leicht sein, uns auf einen gemeinsamen Plan für Verteidigung und Angriff zu einigen, selbst wenn wir von den gleichen Wünschen und Hoffnungen getrieben werden. Die Herausforderungen sind vielschichtig: Wir sprechen nicht dieselben Sprachen, wohnen weit voneinander entfernt und kennen uns nicht. Es braucht Zeit, eine gemeinsame Position zu entwickeln und zu verstehen, worum es uns wirklich geht. Hinzu kommt, dass es immer Menschen geben wird, die sich unseren Kämpfen aus »Pragmatismus« oder im Namen von konterrevolutionären Schwindeleien entgegenstellen. Dazu gehören gewisse anmaßende geopolitische Positionen, bei denen man sich in die Zeit des Kalten Krieges versetzt fühlt, einfach ohne real existierendem Sozialismus. Positionen, die die ganze Welt auf eine Auseinandersetzung zwischen Blöcken reduzieren, in der nur Staaten und ihre Alliierten in der Lage sind, irgendetwas zu verändern. Alles, was sich hingegen außerhalb der Realpolitik abspielt, ist potenziell revolutionär und somit zum Scheitern verurteilt.

Diese binäre Logik veranlasste einen Teil der »anti-imperialistischen Linken« dazu, indirekt oder offen die iranischen,

russischen und syrischen Regime zu unterstützen, weil sie in ihnen ein »Bollwerk« gegen den zionistischen, kolonialistischen, westlichen und kapitalistischen Imperialismus erkennen. Die syrische und die iranische Revolution waren für sie *liberal*, *pro-westlich* und folglich »manipuliert«. Oder ganz einfach von ausländischen – das heißt westlichen – Mächten angezettelt worden, um die *nationale Souveränität* dieser Regime zu untergraben. Die Selbstorganisation der Bevölkerung, ihre autonomen Handlungen, ihre Vielstimmigkeit, ihre internen Kämpfe, ja selbst Klassenkämpfe, und die von den Regimen und ihren Verbündeten verübten Massaker werden in dieser Erzählung durch falsche Verallgemeinerungen unsichtbar gemacht.

Viel zu oft posaunen diese »Anti-Imperialist*innen« ihre von der realen Bewegung vor Ort völlig losgelösten Analysen und Diskurse ungefragt in die Welt hinaus und sprechen den direkt Betroffenen die Fähigkeit ab, für sich selbst reden und handeln zu können.

In ihren Augen sind die Widerständigen in der Ukraine, genauso wie die Feminist*innen im Iran und die Revolutionär*innen in Syrien entweder *Handlanger*innen des Imperialismus* oder schlicht nicht in der Lage, ihre eigene Situation zu verstehen. Diese Dogmatiker*innen wissen aus ihrer »kritischen Distanz« immer besser, was zu tun ist, als die Menschen vor Ort. Wenn die Revoltierenden Analysen und Forderungen verbreiten, die nicht in ihr Schema passen, werden sie zu *Nazis* in der Ukraine, zu *Dschihadist*innen* in Syrien und zu *Verräter*innen* im Iran. So machen sich diese »Anti-Imperialist*innen« zu Verfechter*innen und Unterstützer*innen mörderischer Regimes.

Weil Campist*innen die westlichen Länder als einzige imperiale Mächte und die Vereinigten Staaten als die Quelle alles Bösen betrachten, verharmlosen sie die Verbrechen der syrischen, russischen, chinesischen und iranischen Regime. In ihrer Denkweise ist das Aufrechterhalten und Stärken dieser

Regime ein Mittel, um die globalen Machtverhältnisse auszugleichen und die westliche Vorherrschaft zu schwächen. In imperialen Mächten wie Russland oder China sehen sie mögliche Verbündete. Diese Regime, die sich in ihrer Rhetorik mit Palästina solidarisieren, werden im Vergleich zur Heuchelei westlicher Staaten, die sich hinter die israelische Besatzung stellen, als kleineres Übel angesehen. Aber für wen genau sind sie das »kleinere Übel«? Es macht keinen Sinn, einen bevorzugten Genozid oder eine Lieblingsbesatzung zu wählen. Müssen wir wirklich den Genozid an den Uigur*innen durch China tolerieren, um denjenigen in Gaza zu beenden? Wieso sollen wir auf der einen Seite die israelische Besatzung in Palästina verurteilen und auf der anderen unsere Augen gegenüber der Bekämpfung der Aufstände in Tschetschenien und den Angriffskriegen in Georgien und der Ukraine durch Russland verschließen? Die Revoltierenden im Irak, die wirklich viel Erfahrung mit Imperialismus haben, riefen es 2019 klar und deutlich auf ihren Demonstrationen: *Weder USA, noch Iran!* Es ist immer möglich, genaue Kategorien und komplexe Konzepte zu erarbeiten, um die verschiedenen Formen des gegenwärtigen Imperialismus zu bezeichnen. Trotzdem bedeutet ein »Sub-Imperialismus« nichts anderes als ein Haufen Scheiße und Blutvergießen.

Das Problem mit solchen Positionen ist, dass sie den Basisbewegungen nichts als Hindernisse und Spaltung bringen und eigentlich notwendige und wertvolle Bündnisse zwischen den Rändern verhindern. Anstatt herauszufinden, was uns in einer gemeinsamen Front vereinen könnte, erklären uns diese »Pragmatiker*innen«, dass wir, die Feind*innen unserer Feind*innen als Freund*innen betrachten sollten. Ihre Solidarität hängt weniger von den Geschehnissen vor Ort ab, als von der Positionierung der USA. Wenn die Vereinigten Staaten eine Sache unterstützen, wie sie dies zum Beispiel aus purem Opportunismus bei der Rebellion in Hong Kong getan haben, verdient dieser Aufstand keine Unterstützung von

uns, ungeachtet der Tatsache, dass China dort sein autoritäres Regime ausweiten möchte.

Diesen Ansatz – mehr Kissinger als Che Guevara – halten wir für ethisch fragwürdig und strategisch kontraproduktiv. An seiner statt brauchen wir eine revolutionäre Zärtlichkeit, die fähig ist, *zuzuhören*, um zu *verstehen*; die in den Widersprüchen der Wirklichkeit ihren Weg findet, um schließlich an der Seite derer zu stehen, die kämpfen. Wir setzen unsere Hoffnungen lieber auf jene, die versuchen die Spielregeln zu ändern und neue Realitäten zu schaffen, als auf jene, die den Sieg im Rahmen des gegenwärtigen Wettstreites der Mächte davontragen wollen.

Im Gegensatz zur institutionellen und autoritären Linken, die sich an den reaktionären Zeitgeist wie an einen Rettungsanker klammert, sind wir der Überzeugung, dass unsere Kraft wächst, wenn wir unsere Kämpfe verbinden, anstatt sie gegeneinander auszuspielen. Genau dies ist den feministischen Bewegungen der letzten Jahre im südlichen Teil von Abya Yala gelungen, als sie die vielen verschiedenen Formen von Gewalt gegen Queers, Afroamerikaner*innen, Frauen, Indigene, Migrant*innen, Kinder und Alte sowohl bei der Arbeit als auch auf der Straße, zuhause und durch die Polizei in die feministischen Streiks miteinbezogen haben, anstatt sie gegeneinander auszuspielen. Dadurch entstand eine riesige Basisbewegung: Vereint, aber nicht einheitlich. Breit, aber radikal.

Jene, die zu ungeduldig sind oder keine eigene Perspektive haben, bevorzugen es oft, sich in den Schatten der Mächtigen zurückzuziehen, anstatt das Schicksal derer zu teilen, die das Risiko einer Niederlage eingehen. Doch wir müssen *gegen unsere eigene Schwäche ankämpfen*, insbesondere gegen den weit verbreiteten Glauben, dass wir nur dann etwas bewirken können, wenn wir das Spiel der Mächtigen mitspielen. Gewiss, wir haben oft das Gefühl, Wenige zu sein und es mangelt uns an Mitteln. Aber wenn wir diese Tatsache erst einmal anerkennen und davon ausgehend unsere Kräfte aufbauen, ist

dies weitaus »realistischer«, als durch unüberlegte Aktionen und Schnellschüsse die Bedingungen unserer Machtlosigkeit zu reproduzieren.

Nur die Völker retten die Völker – diese Parole wollen wir umsetzen, indem wir überall auf der Welt eine Kraft aufbauen, die stark genug ist, sich der *Bestie* zu widersetzen, die gerade dabei ist, unsere Gegenwart und unsere Zukunft aufzufressen. Eine Kraft aufzubauen, die beständig und langfristig zu Aktionen und gegenseitiger Hilfe fähig ist, braucht Zeit, Mittel und Durchhaltevermögen, aber wir halten dies für den einzigen gangbaren Weg. Das Empire ist überall auf dem Planeten gefestigt, es wird auf lange Sicht nicht möglich sein, an einem einzelnen Ort einen echten Sieg zu erringen. Nur wenn wir überall zur gleichen Zeit angreifen, können wir davon träumen, eines Tages seinen Fall mitzuerleben.

Der Fall des Empires

Allen Mauern, Zäunen, Auslöschungs- und Assimilationsversuchen zum Trotz, kämpfen Menschen auf der ganzen Welt für die Wiederaneignung ihrer Territorien, Ressourcen und ihres kulturellen Erbes – für all das, was ihnen während Jahrhunderten kolonialer Ausbeutung und imperialistischer Besitzansprüche geraubt worden ist. Der palästinensische Widerstand hält seit über siebenzig Jahren der israelischen Kolonisierung und dem westlichen Imperialismus stand und die kurdische Bewegung verteidigt sich seit über einem Jahrhundert gegen vier Nationalstaaten, die sich weigern, ihre Selbstbestimmung anzuerkennen. In Abya Yala hörten die Aufstände der indigenen und afroamerikanischen Bevölkerungsgruppen seit 1492 nie auf und inspirieren bis zum heutigen Tag die Kämpfe auf dem ganzen Kontinent. Von Wounded Knee bis Oka, von Standing Rock bis zu den George-Floyd-Riots, vom Widerstand der Mapuche in Vallmapu bis zur Verteidigung des Wassers in Cochabamba erheben sich die Leute gegen ein System, das auf weißer Vorherrschaft und der Ausbeutung unserer Körper und Territorien gründet. Auch in Europa flammt regelmäßig der Widerstand gegen rassistische Polizeigewalt auf, während in Kanaky der Befreiungskampf

voranschreitet und in Westafrika die Zerschlagung der französischen Einflussphäre vorangetrieben wird.

Doch die internationalen Gewässer sind trüb und umkämpft. Für die Aufständischen ist es nicht leicht, durch sie hindurch zu navigieren. Die Zentren konnten bislang die Kontrolle über den Horizont bewahren und jeden Kampf, jeden Aufstand auf seinen spezifischen Kontext beschränken. Die Herrschenden können sich nicht vorstellen, dass sich irgendwer etwas anderes wünschen könnte, als an ihrer Stelle zu stehen. Sie *sind* die beste aller Welten. Allen anderen bleibt nur beim Versuch selbst ein Teil dieser *besten aller Welten* zu werden, zu straucheln, wieder aufzustehen und darauf zu hoffen, vielleicht eines Tages doch noch ein Plätzchen in ihr zu bekommen. Die *Erste Welt* ist die Welt der Gewinner*innen, derjenigen, die in der sogenannte Globalisierung dominieren. Was bleibt uns also anderes übrig, als uns allem zu entziehen und auf jeden universellen Anspruch auf Veränderung zu verzichten? Wird die Revolution ausbrechen, wird sie auf den Ruinen, in den Rissen und an den Rändern der alten Welt eine neue *gemeinsame Welt* erschaffen. Es liegt an uns, zu erkennen, wie in den vielen, weltweit aufeinander folgenden Aufständen, ungeachtet ihrer Verschiedenartigkeit, die Möglichkeit einer solchen *gemeinsamen Welt* bereits aufscheint.

Das Wesen des Westens

Die unglaubliche Arroganz des Westens, der Menschheit ein universell gültiges Wertesystem aufzudrücken, kostete Millionen von Menschen das Leben und hat Völkermorde, Sklaverei, Vertreibungen und Epidemien hervorgebracht und gerechtfertigt. Noch selten erlebte die Welt einen so makaberen wie wirksamen ideologischen Schwindel. Der Aufklärungsmythos des »freien Bürgers« entstand im Kontext eines revolutionären Kampfes gegen Unterdrückung. Er entwickel-

te sich ganz unauffällig zum Alibi für die Fortsetzung einer hemmungslosen Welle von Enteignung und Herrschaft durch eine neue Wirtschaftsordnung, die das Wort Gottes ersetzte. Es spricht Bände, dass die universelle Menschenrechtserklärung mit viel Tamtam im selben Jahr verkündet wurde, wie in Palästina die Nakba wütete.

Der liberale Universalismus ist der apolitische Gegenspieler des Internationalismus. Er predigt die Unveräußerlichkeit der Menschenrechte, verweigert sie aber in Wirklichkeit den meisten Menschen. Er lehrt uns, die Staaten seien Teil einer *internationalen Gemeinschaft*, in der es harmonisch zu und her gehe. In Wirklichkeit ist diese Gemeinschaft jedoch nichts anderes als ein Spielplatz, auf dem Machtverhältnisse und Abhängigkeiten verschleiert werden. Mit großen Reden und vermeintlich guten Taten und Vorsätzen wird kaschiert, was eigentlich alle wissen: Das Recht des Stärkeren regiert noch immer die Menschheit.

Die *internationale Gemeinschaft* ist ein exklusiver Club, in dem sich die Hegemonialmächte untereinander auf die Kriterien für eine Vollmitgliedschaft geeinigt haben, während sie gleichzeitig ihre Dominanz über diejenigen rechtfertigen, die diese Bedingungen nicht erfüllen. Letztere sind nicht ausgeschlossen, nur Passivmitglieder. Alle sind gleichberechtigt, aber einige gleichberechtigter als andere. Das gleiche gilt für die Bevölkerung dieser unterschiedlichen Entitäten: Einige sind Menschen, andere sind menschliche Schutzschilder, andere wiederum menschliche Tiere und nochmal andere sind Kollateralschäden. *Zum Schutz der Demokratie und zur Wahrung der Menschenrechte* marschierten die Vereinigten Staaten in Afghanistan und im Irak ein und bombardierten zahlreiche Gebiete im Nahen Osten. Dafür nahmen sie über eine Million Todesopfer in Kauf. Noch während wir diese Zeilen schreiben, begeht der israelische Kolonialstaat mit dem stillschweigenden Segen des Westens einen Völkermord in Palästina, während Soldat*innen der israe-

lischen Streitkräfte in den Trümmern die LGBTQI-Flagge schwingen.

Auch wenn sich das Empire mit der Instrumentalisierung der »Menschenrechte« selbst zum universellen Friedensrichter erklärte, beziehen sich zahlreiche Befreiungskämpfe auf der ganzen Welt auf ebendiese Rechte als Perspektive und Grundsatz ihres Widerstands. Es gibt also einen widersprüchlichen Umgang mit dem internationalen Völkerrecht. Auf der einen Seite durch die Zentren und auf der anderen Seite durch die Ränder. Autochthone oder kolonisierte Völker greifen immer wieder auf das einzige Recht zurück, das ihnen zugestanden wird, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, und setzen es als Druckmittel im Kampf gegen ihre jeweiligen Regierungen oder Besatzungsmächte ein. Die Menschenrechte und ihre international anerkannte symbolische Bedeutung dienen oft als Referenz für territoriale Kämpfe, um den Staatsterrorismus und die Unterdrückung durch ein Regime anzuprangern. Das Völkerrecht gewährt jedoch kaum Schutz, wenn es nicht den Interessen der Herrschenden entspricht. Sie werden immer die Augen verschließen, wenn es für sie nichts zu gewinnen gibt. So war es auch mit den von der »freien Welt« gezogenen roten Linien bezüglich des Einsatzes chemischer Waffen durch das syrische Regime gegen die eigene Bevölkerung. Das Leben der Bewohner*innen von Ghuta fiel ihrer Einschätzung nach offensichtlich zu wenig ins Gewicht.

Das Problem militärischer Interventionen

In Gesprächen über die jüngste revolutionäre Phase erwähnt merkwürdigerweise kaum jemand die »humanitäre Intervention« und den »Schutz der Zivilbevölkerung« durch die NATO während der libyschen Aufstände von 2011. Wenn eine lokale Macht von einer globalen Macht gestürzt wird, unterbricht dies den revolutionären Prozess und schafft neue

Abhängigkeiten. Auch wenn die englisch-französische Intervention vermutlich ein Blutbad ähnlich wie in Syrien verhinderte, ermöglichte sie die Machtergreifung durch eine Pseudo-Regierung, die nichts mit der revolutionären Bewegung zu tun hatte und dennoch berechtigt war, im Namen des Volkes Abkommen zu unterzeichnen, welche dieses nie gewünscht hatte. Die libysche Revolution zerfiel in diesem Prozess in interne Machtkämpfe verschiedener Fraktionen, die allesamt nicht in der Lage waren, den Willen der Menschen zu repräsentieren. Doch das »Ziel« wurde erreicht: Die von der Europäischen Union bezahlte Küstenwache versperrt den Migrant*innen weiterhin den Weg nach Europa. Von Syrien bis in die Ukraine beklagte ein Teil der Revolutionär*innen und ihrer Unterstützer*innen die Nicht-Intervention der *internationalen Gemeinschaft*. Als dann aber doch eine Intervention durchgeführt wurde, führte sie einmal mehr zur Neutralisierung der »revolutionären Gefahr«.

Im Sudan konnte das gesunde Misstrauen der Widerstandskomitees gegenüber einer ausländischen Intervention im revolutionären Prozess die Übernahme der Kontrolle durch Armeen und Milizen nicht verhindern. Die Einflussnahme fremder Mächte fand ein anderes Mittel: Während die eine Hälfte der konkurrierenden Fraktionen des alten Regimes von den Vereinigten Arabischen Emiraten und die andere von Ägypten unterstützt wurde, versank die revolutionäre Bewegung in Bürgerkrieg, massiven Umsiedlungen und einer schweren Hungersnot. Mit der hartnäckigen Weigerung, sich irgendeiner Supermacht anzunähern, handelte sich die sudanesische Revolution zahlreiche erbitterte Feinde im In- und Ausland ein. Feinde, die eher bereit waren, das Land »dem Erdboden gleichzumachen«, als es seiner freien Entfaltung zu überlassen.

Keine einzige Supermacht führte jemals eine Intervention durch, weil sie tatsächlich einem Aufstand, der gerade blutig niedergeschlagen wird, zu Hilfe eilen wollte. Als irgend-

wo in Frankreich auf einer Solidaritäts-Veranstaltung für die Syrische Revolution aus dem Publikum die Frage kam: »Wie können wir euch von hier aus unterstützen?«, antwortete ein Überlebender der Belagerung von Homs: »Schickt uns Panzerabwehrraketen!« Da das Publikum nicht in der Lage war, diesem Wunsch nachzukommen, schien er die Solidaritätsbewegung mit seiner Antwort in den Schatten der Staaten zu verbannen. Gab es wirklich keine andere Möglichkeit, die Revolution zu unterstützen, als von den westlichen Regierungen eine militärische Intervention gegen das Regime oder die Lieferung schwerer Waffen einzufordern?

Es geht uns nicht um eine moralische Frage, auch wenn viele Abtrünnige der Zentren niemals auf der Straße eine NATO-Intervention einfordern würden. Waffen waren in vielen revolutionären Situationen eine überlebenswichtige Notwendigkeit, das können selbst die größten Pazifist*innen unter uns nicht bestreiten. Es erscheint uns völlig legitim, wenn Gefährte*innen an den blutigen Frontlinien in der Ukraine, in Libyen oder Palästina eine militärische oder taktische Intervention von Supermächten wünschen, um der grausamen, entfesselten Unterdrückung standzuhalten. Wir werden innerhalb der revolutionären Bewegungen noch viele Debatten über militärische Interventionen in ihren verschiedenen Formen – Flugverbotszonen, Bodentruppen, die Schaffung neuer Frontlinien, technische Unterstützung oder die Lieferung von Waffen – und ihre möglichen Auswirkungen führen müssen. Wir werden nicht darum herum kommen, die Kräfteverhältnisse zu evaluieren und einen gewissen Purismus abzulegen, der uns vor jeglichen Widersprüchen schützt. Wenn wir aber im Vertrauen auf die militärische Stärke gewisser Staaten oder bewaffneter Gruppen den einzigen realistischen Weg sehen, unseren Kampf voranzubringen, gestehen wir uns in erster Linie unsere eigene Schwäche ein und geben die Möglichkeit einer Revolution schon im Vorhinein auf.

Das Empire wird den Westen überdauern

Wie bei einem Puzzle besteht unsere Welt aus vielen Einzelteilen, die sich zwar unterscheiden, zu bestimmten Zeiten und an gewissen Orten aber dennoch zueinander passen müssen, um gemeinsame Bilder und Bedeutungen der Gegenwart und der Zukunft zu formen. Diese Unterschiede existieren nicht nur wegen der geografischen Distanz. Noch weniger lassen sie sich durch eine Rückständigkeit erklären, die durch »Fortschritt« überwunden werden kann oder muss. Die Verschiedenartigkeit der Welt wird in einer Zeit monolithischer Überzeugungen jedoch abgestritten, ausradiert und unterdrückt, damit sie einem globalen System der Verwaltung von Ressourcen, Handel und Identitäten unterworfen werden kann. Das *Empire*, das im Laufe der Jahre durch ein raffiniertes Geflecht unterschiedlicher, sich gegenseitig ergänzender Herrschaftssysteme geformt wurde, setzt sich immer wieder neu zusammen und dehnt sich dabei weiter aus. Veränderungen der Bündnisse, der Machtverhältnisse und der imperialen Zentren sind nur oberflächliche Umgestaltungen. Während es vor der Gründung der Nationalstaaten nicht-westliche und vorkapitalistische Imperien gab, konsolidierte die Ausdehnung des Kapitalismus inzwischen ein einziges Empire, das das offizielle Ende der europäischen Kolonialreiche überdauerte, sich seiner religiösen Grundlage entledigte und erfolgreich die Überzeugung seiner Alternativlosigkeit durchsetzte.

Das Wort Empire steht nicht nur für das System unserer erlebten Welt mit ihren internationalen Institutionen, Weltmärkten, ihrer einheitlichen Sprache und ihrer ideologischen Grundlage, der sich kein Ort auf der Welt entziehen darf, sondern auch für die Auffassung der Welt als riesiges Spielbrett, auf dem verschiedene miteinander verbündete oder rivalisierende Mächte um Reichtum und Einflussphären ringen. Die Spielenden verhandeln die rentabelste Aufteilung der Arbeit. Sie machen die Spielregeln unter sich aus und sichern sich ihren Platz auf

dem *Schlachtfeld*. Das Wort Empire steht neben dem kapitalistischen System auch für die Gesamtheit der formellen und informellen Institutionen, Codes, Gepflogenheiten und die Übertretung der eigenen Regeln, wenn es die Ausplünderung der Ränder durch die Zentren erfordert. Von Mexiko-Stadt bis Dubai, von Tokio bis Kapstadt, von Peking bis Frankfurt – in den Zentren der Macht wird mehr oder weniger auf dieselbe Weise gesprochen, gegessen, sich gekleidet, spekuliert und abgezockt. Das Empire findet immer ein lokales Sprachrohr. Es passt sich problemlos den verschiedenen Kulturen, Religionen und Herrschaftsformen an. Es schert sich einen Dreck um die Absichten, Bräuche und Verhaltensweisen seiner Lakaien, solange diese sich an seine Spielregeln halten.

Die jüngste Zuspitzung der Blockpolitik ist weniger auf eine Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen imperialistischen Mächten zurückzuführen, als auf einen Kampf um die Vorherrschaft innerhalb ein und desselben Weltsystems. Auch wenn sich der Westen hinter der Zustimmung für einen Genozid im Namen des israelischen »Rechts auf Selbstverteidigung« wieder vereint zu haben scheint, kann dies seinen schleichen, aber fortschreitenden Zerfall kaum verbergen: In seinen Ländern nehmen Proletarisierung und Inflation zu und der Faschismus erstarkt, gleichzeitig führt er verheerende Militärinterventionen durch, zieht seine Besatzungstruppen überhastet zurück und verliert wirtschaftliche und diplomatische Einflusszonen. Die zur Schau gestellte Einheit bei der Unterstützung des ukrainischen Widerstandes zeugt – wobei sie mit ihren tröpfchenweise erfolgenden Waffenlieferungen dem russischen Angriff nie ernsthaft die Stirn bieten konnte – von einer gewissen Alarmstimmung. Der »Niedergang des Westens« hätte eine gute Nachricht sein können, wenn es sich dabei um den Niedergang des *Empires* handeln würde. Aber es besteht kein Zweifel daran, dass es sich nur wieder mal einen neuen Anstrich verpasst. Das verschmitzte Lächeln der Anführer*innen der BRICS-Staaten, wenn sie aller Welt ihre strategischen

Bündnisse präsentieren, zeigt nur zu deutlich, dass sie bereit sind, *ihren* Platz auf dem Spielfeld einzunehmen. Solange das *Empire* existiert, wird der Kampf dagegen weitergehen und sich immer wieder neu erfinden, während das *Empire* selbst versuchen wird, die neu hervorgebrachten Formen dieses Kampfes zu vereinnahmen, um am Schluss die Zügel wieder fest in der Hand zu halten.

Jede Generation muss sich in diesem unüberschaubaren Durcheinander seiner Aufgabe stellen, sie erfüllen oder verraten.

Frantz Fanon

Im vergangenen Jahrhundert brauchte es eine ganze Generation, die sich den Gewehrläufen, der Deportation und der Folter widersetzte, um die europäischen Mächte aus einem Großteil der kolonisierten Gebiete zu vertreiben. Die revolutionäre Welle war eine Reaktion auf die über hundert Jahre andauernde Herrschaft der Weißen. In der Hitze des Gefechts, im Untergrund, in den Gefängnissen des Westens und in den ersten befreiten Gebieten wurde das politische Bewusstsein der Menschen geformt, die das, was auf die Befreiung folgen sollte, gestalten und aufbauen würden. Die Erfahrungen und Konzepte, auf die sie in dieser bereits globalisierten Welt zurückgreifen konnten, waren jene der westlichen Geschichte, faszinierend und modern: Staat, Fortschritt, Konzeption, Raumplanung, nationale Identität, repräsentative Demokratie, Nationalismus, Sozialismus... Es reichte nicht, die Kolonialherren zu verjagen. Die postkolonialen Staaten wurden mit den Werkzeugen ihrer ehemaligen Kolonialherren aufgebaut und das führte zu denselben Widersprüchen.

Die während der Welle erfolgreicher nationaler Befreiungskämpfe aufgekeimte Hoffnung wich einer gewaltigen Kater-

stimmung. Die Flaggen, Hymnen und Währungen hatten sich verändert, doch die Herrschaft wurde in anderer Form fortgesetzt. Nicht wenige der während der Unabhängigkeitsbewegungen entstandenen bürgerlichen Schichten und politischen Eliten wendeten sich dem Autoritarismus zu. Nachdem die neuen politischen Führungen der Länder des Südens ihre besten Kämpfer*innen geopfert hatten, eigneten sie sich ihr Kuchenstück der postkolonialen Ausbeutung an, indem sie sich der einen oder anderen Wirtschaftsmacht annäherten. So erschütterten die Aufstände in den arabischen Ländern Regime, die sich seit der Zeit der Dekolonisierung kaum verändert haben und zu veritablen Freiluftgefängnissen geworden sind. Die Parteien an der Macht schienen, erstarrt in ihrer historischen, antikolonialen Haltung und hinter der Fassade des Widerstands gegen den westlichen Imperialismus, die Hoffnungen der Menschen auf Veränderung für immer erstickt zu haben. Aber mit der Rückkehr der Menschen auf die Straße wurden die Karten neu gemischt. Die Demonstrierenden sagten es während des algerischen Hirak klar und deutlich: Der Aufstand von 2019 hatte den Anspruch, die unvollendete Revolution von 1962 zu Ende zu führen.

Auch wenn die Forderung nach Demokratie ein zentrales Element der jüngeren Revolten war, findet man kaum einen Ort auf der Welt, wo die Demokratie vollständig verkörpert wird. Das »demokratische Ideal«, wie es der Westen noch immer für sich beansprucht, kann seine Heuchelei vor niemandem mehr verbergen. Wer sich davon überzeugen möchte, brauch sich nur die Bilder der amerikanischen Präsidentschaftswahl im Frühling 2024 – eine der größten Demokratien der Welt – anzusehen. Bevor Kamala Harris anstelle des beinahe hirntoten demokratischen Kandidaten ins Rennen stieg, hatten sich zwei weiße, reiche, protestantische und über siebzig Jahre alte Männer mit Angriffen auf ihre jeweilige Senilität um das Präsidentenamt gestritten, anstatt eine politische Debatte über die Zukunft der Welt zu führen. Eine Welt,

die die USA in den vergangenen siebzig Jahren mehrheitlich dominiert und geprägt hat. Die »Demokratieblockade«, von der diese Bilder zeugen, unterscheidet sich nicht gross von der fünften Präsidentschaftskandidatur der Polit-Mumie Bouteflika, die 2019 die Aufstände in Algerien auslöste.

Demokratie ist keine westliche Erfindung, die in einer geraden Linie von den athenischen Volksversammlungen zur französischen Republik führte und mit Bomben auf Afghanistan und den Irak exportiert wurde. Von der Vereinigung der Haudenosaunee in Nordamerika, über die haitianische Revolution bis zu den abtrünnigen Gebieten des südostasiatischen Zomia haben unzählige Menschen zu unterschiedlichen Zeiten egalitäre Methoden zur Entscheidungsfindung innerhalb des Gemeinschaftslebens entwickelt. Die Vereinnahmung der Idee der Demokratie durch den Westen führte in vielen Teilen der Welt zu ihrer Ablehnung. Aber wie können wir dennoch an der Idee der *Selbstbestimmung der Menschen* festhalten? Und wie können wir die Heuchelei der liberalen Demokratie bekämpfen, ohne dabei den autoritären Regimen in die Hände zu spielen?

Schluss mit dieser Welt

Das Gesicht des Empires verändert sich und das des Krieges auch, deshalb können auch unsere Strategien und Ziele nicht die gleichen bleiben. Abgesehen von den autoritären und oligarchischen Regimen, unter denen wir leben, leiden wir direkt oder indirekt an den Folgen sich gegenseitig konkurrierender imperialistischer Angriffe, die die ohnehin schon prekären Lebensbedingungen in unseren Territorien von einem Tag auf den anderen völlig auf den Kopf stellen können. An vielen Orten dieser Welt kommt es regelmäßig zu Revolten aufgrund von Hungersnöten. Einige rivalisierende Großmächte setzen Hunger bewusst als Waffe ein, während die Möglich-

keiten zur Selbstversorgung breitflächig zerstört werden und der Klimawandel zu immer größeren Unsicherheiten bei den Erträgen führt. 2024 hatte Wladimir Putin den gesamten Mittelmeerraum in seiner Gewalt, weil er sich den Weizenanbau der fruchtbaren Ebenen der Ukraine unter den Nagel gerissen hatte, von dem die meisten Mittelmeerländer vollkommen abhängig geworden sind. Die Ernährungssouveränität ist daher zu einem zentralen Aspekt jeder emanzipatorischen Politik geworden und verändert die Art und Weise, wie auf allen Kontinenten Kämpfe geführt werden. Die Wiederaneignung der Produktionsmittel zur Deckung unserer Grundbedürfnisse ist heutzutage für jede ernsthafte revolutionäre Perspektive unverzichtbar.

In dieser neuen Phase offener Kriege, aggressiver Machtstrategien und erstarkender Nationalismen stehen wir vor dem Widerspruch zwischen dem Wunsch nach einer kooperativen Welt – in der die Völker selbst über ihre Versorgung, den Erhalt der Lebensbedingungen in ihren Territorien und das gute Leben bestimmen – und der ständigen realen Bedrohung durch kriegerrische Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Imperien. Würde eine befreite Zone, Gegend oder ein befreiter Staat, der die Politik der Akkumulation und Aneignung überwindet, nicht sofort von benachbarten Mächten, die noch immer nach dem alten System funktionieren, verschlungen werden?

Vielorts stehen hinter der Fassade souveräner Staaten religiöse oder ethnisch motivierte Milizen, Mafiaorganisationen, Banden oder auch transnationale Konzerne, denen die Unterdrückung unserer Bewegungen und die Kontrolle über die Bevölkerung übertragen wurde. Es wird daher niemals reichen, das Ende eines Staates als alleiniges Ziel einer Revolution anzustreben. Diese Idee wirkt völlig weltfremd für diejenigen unter uns, die in gescheiterten Staaten leben, der hemmungslosen Willkür lokaler Bandenführer ausgeliefert sind und keinerlei Schutz vor Armut, Krankheit, Hunger

oder Naturkatastrophen haben. Weder die Zerstörung oder Zersplitterung unterdrückerischer Staaten noch der bloße Austausch ihrer Regierungen sind ausreichend für eine echte Revolution. Nur wenn wir unsere Grundbedürfnisse nach Sicherheit, Gesundheit, Wohnraum und Nahrung gemeinschaftlich in die Hand nehmen, können wir uns über den Moment des Aufstands hinaus von der Abhängigkeit des Empire befreien.

Die vom Empire vereinte Welt – ungeachtet, welche Sprache sie spricht, welchen Gott sie verehrt oder welche Währung sie nutzt – ist mit keiner anderen Welt vereinbar. Sie steuert unaufhaltsam auf die Zerstörung der Lebensgrundlagen dieser Erde zu. Sie kennt nur die Hegemonie, die *eine Welt*, erfasst, kartografiert, geformt und verwüstet von ihrem mörderischen Wahn. Wenn wir nichts unternehmen, werden wir noch vor ihr untergehen. Es gibt kein zurück und es kann auch nicht so bleiben, wie es ist. Es gibt nur den einen Weg nach vorn, manchmal entschlossen, manchmal wagemutig und manchmal ohne genau zu wissen, wohin er uns führt. Aus dem nationalen Denken auszubrechen heißt, internationalistisch zu denken. Eine *Welt* aufzubauen, die aus einer *Vielzahl von Welten* besteht. Welten, die miteinander kompatibel sind, Welten, die noch im Werden begriffen und selbst von Kämpfen und Widersprüchen geprägt sind. Es gilt, einen gemeinsamen Plan für diese Welten zu entwerfen – einen Plan, mit dem wir das Empire überwinden, seinen Untergang beschleunigen und das Danach entwerfen können.

Revolution?

Was im Jahr 2011 von »Expert*innen« als *Arabischer Frühling* bezeichnet wurde, nannten die Aufständischen vor Ort *Thawra* (Revolution). Revolution in Burkina Faso (2014), Revolution der Würde in der Ukraine (2014), Frühlingsrevolution in Myanmar (2021), Revolution unserer Zeit in Hongkong (2019), Jīna-Revolution im Iran (2022). »Revolution! Revolution! Revolution!« skandierte die Gilet-Jaune-Bewegung auf den Champs-Élysées 2019 und rief damit den Bewohner*innen der Pariser Nobelviertel ein Wort in Erinnerung, von dem sie dachten, sie wären es ein für allemal losgeworden.

Wie selten heute, nur wenige Jahre nach ihrer spektakulären Rückkehr auf die Tagesordnung, die revolutionäre Frage noch gestellt wird, zeugt von der Stärke der Konterrevolution. Aber die Tatsache, dass sich so viele Menschen als Revolutionär*innen verstanden haben, ist kein Zeichen von übertriebenem Enthusiasmus oder jugendlicher Träumerei. Man sollte das, was von der realen Bewegung angekündigt wird, niemals unterschätzen, will man nicht vom Strom der Geschichte fortgespült werden. Die Revolution ist nicht ein Ereignis, das wir erforschen, eine Theorie, die wir entwickeln, oder ein Körper,

den wir sezieren. Die Revolution ist eine Frage, die wir uns stellen. Und genau darin liegt das *wir* dieses Textes. Entgegen dem, was Dogmatiker*innen, Intellektuelle und Prophet*innen behaupten, wird die Antwort niemals absolut und endgültig, sondern vom Moment abhängig, vorläufig und bedingt sein. Ein kurzes Aufflackern der Wahrheit. Wir haben versucht, die verstreuten Teile zusammenzusuchen, miteinander zu verbinden, zu hinterfragen und herauszufinden, was sie uns über die Zukunft sagen.

Früher oder später wird das Regime fallen

Als 2011 wieder die Aufstände aufflammten, standen Angriffe auf Paläste und Parlamentsgebäude an der Tagesordnung. Für viele Beteiligte dieser Revolten wurde Revolution zu einem Synonym für den Sturz des Regimes. Doch die Hoffnung, die durch die Absetzung der Regierungen in Jemen, Libyen, Ägypten, Tunesien und der Ukraine aufkeimte, war von kurzer Dauer. Die Machtergreifung durch neue autoritäre oder liberale Regierungen, ausländische Interventionen, Wirtschaftskrisen und Bürgerkriege machten deutlich, dass der Sturz eines Despoten noch keine Revolution bedeutet.

Das Scheitern der Kämpfe gegen die Machthaber in Syrien und im Iran heißt jedoch auch nicht, dass es dort keine Revolution gab. Die Verweigerung des Hidschabs und der Sittenregeln der Islamischen Republik sind an sich schon eine radikale Umwälzung. Ebenso wie die kollektive Verwaltung befreiter Gebiete durch die syrischen Revolutionär*innen ein unumkehrbaren Bruch mit dem totalitären System Assads darstellte. Genau aus diesem Grund weht trotz der Grausamkeit der Aufstandsbekämpfung auch dreizehn Jahre später noch die syrische Revolutionsflagge über den sich nach wie vor der Kontrolle des Regimes entziehenden nördlichen Provinzen und der rebellischen Region Suweida im Süden des

Landes. Sowohl in Syrien wie auch im Iran war die Revolution ein entscheidender Wendepunkt. Der Einfluss des Regimes auf die Körper und das Denken der Menschen wurde zumindest teilweise gebrochen. Und selbst wenn es noch einer weiteren Generation bedarf, bis es ganz überwunden sein wird, wird das Regime früher oder später fallen.¹²

Kein Ereignis kann isoliert alle Herrschaftsverhältnisse beseitigen. Lange hatte man sich die Revolution als große Umwälzung, deren Tag einst kommen wird, herbeigesehnt. Doch weil die unzähligen Versuche, umfassende und echte Veränderungen durch die Erkämpfung der Macht zu erreichen, so oft gescheitert sind und die alten Organisationen uns noch immer dazu auffordern, abzuwarten bis die gesellschaftlichen Bedingungen reif sind, haben viele von uns den Sturz des Regimes als strategisches Ziel aufgegeben und angefangen nach neuen Perspektiven der Befreiung zu suchen. Für diejenigen von uns ist die Revolution seit der Jahrtausendwende zu einem Prozess geworden, mit dem jederzeit begonnen werden kann. Eine entschlossene und kontinuierliche Bewegung hin zu einer tiefgreifenden Transformation, die sich im Zusammentreffen von Ereignissen, in Handlungen, Interventionen, Ideen, Gefühlen und Alltagspraktiken niederschlägt. *El tiempo de la revolución es ahora*¹³ sagen die Feminist*innen in Argentinien. Seither ist die Revolution nicht mehr dieses ferne, große Ereignis, das den Lauf der Geschichte auf den Kopf stellen wird, sondern eine Form, im *Hier und Jetzt* zu leben und zu kämpfen.

Die Befreiung von allen uns unterdrückenden Strukturen machten wir zu einem unumstößlichen strategischen Imperativ: Wir sind nicht länger bereit, unsere Mittel – oder gar unsere Kämpfe – für ein immer weiter in die Ferne rückendes Ziel zu opfern. Dieser neue Ansatz, Politik als *Transformation*

12 Diese Zeilen wurden Anfang September 2024 geschrieben. Drei Monate später wurde das Assad-Regime endlich gestürzt.

13 Die Zeit für die Revolution ist jetzt.

anstatt als *Machtkampf* zu verstehen, verschob den Fokus revolutionärer Politik in die Praxis und ins Private, was so vielen Organisationen und Aktivist*innen bisher gefehlt hatte. Es geht darum, ein radikal anderes Leben zu führen, neue Beziehungen zu unseren Communities, unserem Begehren, zu Geld, Gesundheit, ja selbst zu unseren Kämpfen aufzubauen.

Die Revolution als einen Prozess zu begreifen, steht nicht im Widerspruch zu der Überzeugung, dass der Moment des Aufstands dabei eine zentrale Rolle spielt. Unabhängig von seinem Ausgang ist ein Aufstand immer ein einschneidendes Ereignis. Auch wenn er zerschlagen wird, hinterlässt er bleibende Erfahrungen und unzählige Keime, die irgendwann sprießen werden. Gelingt es ihm, ein Regime zu stürzen, dann beginnt etwas Neues, etwas das zugleich verheißungsvoll und gefährlich ist.

Bruch durch Beharrlichkeit

Wenn wir uns die Revolution ohne Bruch vorstellen und die Augen vor sich uns bietenden Gelegenheiten verschließen, laufen wir Gefahr, unsere Gesten und Aktionen von der uns umgebenden Welt zu entfremden. Für viele von uns geht es bei einem revolutionären Prozess auch um den Aufbau materieller und politischer Autonomie, darum, uns in unseren Territorien kollektiv zu versorgen. Das Verlangen, mit der Abhängigkeit von den Zentren zu brechen, durchzieht die Wälder, Berge und Städte dieser Welt. Der Aufbau von Autonomie brachte selbstbestimmte Räume hervor, die fest in der Welt verankert sind und sich der zerstörerischen Logik des Empire widersetzen. Autonomie kann, einmal auf einer jahrtausendealten Geschichte aufbauend, ein andermal frisch wie ein zarter, aufkeimender Spross, vielfältige Formen annehmen: in einer lokalen Versammlung, einer landwirtschaftlichen Kooperative, einer Gemeinschaftsküche, einer Stadt-

teilgewerkschaft, in einem transnationalen Netzwerk queerer Solidarität oder in einem Medienkollektiv.

Doch wenn sich der zeit- und energieaufwendige Aufbau von Autonomie dem verschließt, was von der realen Bewegung an sie herangetragen wird oder über sie hinausgeht, riskiert sie, zu einer Vermeidungsstrategie zu werden. Es gibt keine ideologisch *reine* Revolte. Aufstände sind einzigartige Gelegenheiten, durch die wir unsere Kräfte vervielfachen und auf eine neue Stufe heben können. Ohne radikale Veränderung bleiben unsere Handlungen isoliert, machtlos, gefangen in »alternativen« Nischen und können problemlos von Kapitalismus und Staat vereinnahmt werden. Wenn wir uns hinter unseren Gewissheiten und Erfahrungen verschanzen, verurteilen wir uns selbst zum permanenten Misserfolg. Verstehen wir Autonomie als starren, invariablen Zustand, geprägt von mal mehr, mal weniger politischem Aktivismus, gehen wir das Risiko ein, uns in einen Kulturkampf zu verstricken, den wir angesichts der gewaltigen Mittel unserer Gegner*innen nur verlieren können. Solange wir die Strukturen der Macht, die das gesellschaftliche Leben regeln und unsere Lebensräume kontrollieren, nicht zerstören, werden wir nicht so leben können, wie wir wollen. Doch alleine werden wir das nicht schaffen.

Der Aufstand durchbricht die Isolation. In ihm schreiten wir in Riesenschritten voran, begegnen einander und finden gemeinsam in die für radikale Veränderungen unverzichtbaren Momente des Angriffs.

Egal ob wir Teil einer landwirtschaftlichen Kooperative oder eines Medienkollektivs sind, ob wir uns in einer Massenorganisation oder in Bezugsgruppen organisieren, nur wenn wir auf den Ausbruch der realen Bewegung vorbereitet sind, wird es uns gelingen, unsere Kräfte, in den wenigen sich bietenden Gelegenheiten zu entfalten.

Prozess und Ereignis. Eine tiefgreifende Revolution ist wahrscheinlich nur in der Verbindung zweier unterschiedli-

cher Herangehensweisen denk- und machbar: Einerseits im alltäglichen, geduldigen und andauernden Prozess, in dem wir Beziehungen, Autonomie und Stärke aufbauen. Andererseits im spontanen und explosiven Charakter des Aufstands mit seiner Fülle an Energien, seiner unvergleichlichen Kreativität und der geballten Macht der Straße. Oder wie es ein chilenischer Gefährte ausdrückte: Eine tiefgreifende Revolution, wird dann möglich, wenn eine Reihe von Aufständen an ihre eigenen Grenzen stoßen, und diese auf der hartnäckigen Suche nach dem alles verändernden Bruch überwinden.

Man fängt nie bei Null an. Jeder Aufstand, jede Erfahrung kollektiver Selbstbestimmung, jeder Angriff auf das Empire reiht sich in eine breitere Bewegung ein, die sich irgendwo hinter und gleichzeitig vor uns, unter der Oberfläche und am Horizont befindet. Bevor sich das Wasser zu einer zerstörerischen Welle aufbäumt, fließt es als stille Tiefenströmung durch den Ozean. Und nachdem die Welle am Ufer gebrochen ist, fließt sie als Strömung wieder zurück ins Meer. Wir müssen lernen, manchmal Tiefenströmung und manchmal Tsunami zu sein. Vielleicht liegt darin die ganze Bedeutung der Parole der Hongkonger Revolution: *Be water my friend!*

Das Dilemma der Organisation

Die Aufstände unserer Zeit waren oft uneinheitlich und diffus. Sie wurden selten von traditionellen Organisationen angeführt oder von bereits bestehenden ideologischen Strömungen geprägt. Die mehr oder weniger spontane und horizontale Selbstorganisation in der Anfangsphase war beeindruckend, reichte aber nicht aus. Der dezentrale Charakter unserer Bewegungen war zugleich ihre Stärke und ihre Schwäche. Durch das Fehlen wirklicher Organisationsfähigkeit, einer mittel- bis langfristigen strategischen Vision und der Schwierigkeit, den Kampf auf der Straße an die gegenwärtigen Be-

dingungen anzupassen, wurden wir zwischen Repression und Vereinnahmung zerrieben. Manchmal mangelte es einfach auch an Organisationen, die sich bedingungslos hinter die Revolution stellten.

Während der Aufstände in Ecuador im Herbst 2019 gelang es den großen indigenen Organisationen und Gewerkschaften, Millionen von Menschen aus dem ganzen Land zur Unterstützung des Aufstandes in die Hauptstadt zu bringen. Dank ihrer Mobilisierung, ihrer logistischen Ressourcen und ihres organisatorischen Know-hows konnte die Bewegung die Regierung auf mehreren Fronten angreifen und schließlich den Rückzug der umstrittenen Maßnahmen erzwingen. Diese beeindruckende Mobilisierungsfähigkeit verdeutlicht die potenzielle Stärke von Organisationen, aber auch ihre Gefahren.

Viele von uns sind von der Bürokratie, den Vereinnahmungstendenzen und dem Führungsanspruch traditioneller linken Organisationen desillusioniert. Die Einmischung von Organisationen birgt immer die Gefahr, dass die Entfaltung des Aufstands, die Radikalität seiner Forderungen, seine Kreativität und manchmal sogar die neu entstehenden Formen von Selbstverwaltung ausgebremst werden. Ob Rechtsradikale, religiöse Fundamentalist*innen oder organisierte Strömungen der Linken – es wird immer Gruppen geben, die im Lauf der Revolte ihre eigene Agenda vorantreiben wollen. Fehlt es uns an organisatorischer und strategischer Klarheit, können wir die Machtübernahme durch diese Fraktionen kaum verhindern und geraten allzu leicht in die Abhängigkeit von ihren Strategien.

In einer Organisation werden Ressourcen und Energien gebündelt. Sie ist ein Beziehungsgeflecht, das in der Lage ist, eine kollektive Kraft in Bewegung zu setzen. In gewissen Situationen ist die Mitwirkung von Organisationen erforderlich, nicht nur um zu verhindern, dass die Bewegung von reaktionären oder liberalen Kräften gekapert wird, sondern auch zur Erreichung ihrer Ziele.

Aber wie lässt sich die Macht von Organisationen innerhalb eines Aufstandes begrenzen? Wie können ihr unvermeidlicher Hang zur Zentralisierung eingeschränkt werden? Wie kann die gesamte Bewegung gestärkt werden – und nicht nur die Organisation? Eine wirklich revolutionäre Organisation verschmilzt mit dem Aufstand, nährt die entstehende Macht von unten und hält das Feuer der Revolte am Leben – selbst auf die Gefahr hin, dass ihre eigene Flamme dabei erlischt. Dies kann sie nur, wenn sie davon absieht, den Aufständen ihre eigene Agenda, ihre Religion, ihre Methode und ihre Sprache aufzuzwingen.

In vielen Aufständen scheint hinter der scheinbaren Spontaneität der Selbstorganisation das Vorhandensein von Beziehungen durch, die schon vor dem seinem Ausbruch existierten: lokale Gemeinschaften, politische Zugehörigkeiten, religiöse und traditionelle Institutionen oder soziale Kontakte aus dem beruflichen oder sportlichen Kontext bringen Struktur ins Chaos. Aber wie schaffen wir es, inmitten von Unruhen eine Strategie für das Zusammenspiel der unterschiedlichen revolutionären Kräfte zu formulieren? In der sudanesischen Revolution führte die Verbindung der verschiedenen Erfahrungen der Studierendenbewegung, ehemaliger Mitglieder der Kommunistischen Partei und der aus dem Aufstand hervorgegangenen selbstorganisierten Kräfte zur Gründung der Widerstandskomitees. Das Aufeinandertreffen von seit langem bestehenden politischen Strukturen mit Bewegungen, die aus dem Strudel der Ereignisse hervorgehen, birgt ein enormes Potenzial. Echte *Begegnungen* geschehen nur dann, wenn sie beide Seiten verändern. Die Bereitschaft zum *Umbruch* ist eine der wichtigsten Eigenschaften revolutionärer Kräfte. Pläne sollten immer nur mit dem Bleistift gezeichnet werden und der Radiergummi stets griffbereit sein.

Mutig sein, das Risiko abwägen

Keine politische Kraft kann im Alleingang ein gemeinschaftliches Projekt planen und umsetzen. Verstehen wir uns als Teil einer größeren Bewegung, und nicht als Organisation oder Gruppe, die es zu verteidigen gilt, dann sollte unser Handeln und Denken nicht auf Konkurrenz ausgerichtet sein, sondern sich gegenseitig ergänzen. Die Stärke einer gemeinsamen Bewegung liegt darin, in jeder Situation die beste Kombination von Taktiken zu erarbeiten. Die revolutionäre kurdische Bewegung kombiniert den bewaffneten Kampf mit der Wahl von Bürgermeister*innen und Abgeordneten für das türkische Parlament. Die friedliche Widerstandsbewegung in Myanmar ging zum bewaffneten Kampf über, der von der Diaspora unterstützt wird, die mit Veranstaltungen zu queeren Themen und Videospielen Geld sammelt. Die libanesischen Revolutionär*innen gründeten selbstverwaltete Kooperativen und engagierten sich gleichzeitig in Berufsverbänden.

Anstatt einzelne Aktionsformen zu idealisieren, sollten wir neue Mischformen ausprobieren. Wir sollten die taktische und ideologische Inflexibilität durchbrechen und nach neuen Wegen für die Formulierung transformativer Strategien suchen. Niemand kann von vornherein sagen, wie eine revolutionäre Handlung auszusehen hat. Eine Bewegung wird stärker, wenn sie zuhört, erkundet und die verschiedenen Kämpfe zusammenführt, die den Status quo in Frage stellen. Wenn sie sich vor militantem Dogmatismus und ästhetischer Selbstdarstellung hütet und die Ausarbeitung eines eigenen Wertebezugs nicht vernachlässigt.

Ethische Fragen sind nicht bloss eine nette Ergänzung zur revolutionären Strategie, sie bilden ihre Grundlage. Gemeinsam gestalten wir unsere Handlungsweise, wägen die Risiken für uns selbst und für andere ab, bewahren die Verbindung zu dem, was uns überhaupt auf diesen Weg geführt hat, und machen uns bewusst, was uns so grundlegend von den kon-

terrevolutionären Kräften unterscheidet. Anhand dieser Leitlinien können wir uns im Sturm der Aufstände orientieren. Wenn wir die Herrschaftsformen, die wir bekämpfen, nicht reproduzieren wollen, sollten wir nicht mit ihnen rivalisieren. Durch eine Spiegelung, durch das ständige Konfrontieren und Beobachten laufen wir nämlich Gefahr, letztlich selbst die Gestalt dessen anzunehmen, was wir bekämpfen. Wenn die revolutionären Kräfte darauf hoffen, die Zentren mit ihren eigenen Waffen zu schlagen, werden sie bloss zu einem verzerrten und schlecht gelungenen Abbild derselben.

Die Formulierung einer Strategie bedingt, dass wir unsere Lehren aus vergangenen und gegenwärtigen Erfahrungen ziehen. In den letzten Jahren haben wir einmal mehr beobachtet, wie Bewegungen, die sich in der Hoffnung auf konkrete Veränderungen zu sehr auf den institutionellen Weg eingelassen und dabei den Aufbau ihrer politischen und materiellen Autonomie vernachlässigt haben, immer wieder an Kompromissen und Vereinnahmungen zerbrochen. Wer sich im Glauben überschätzt, gleichzeitig auf der Straße wie in den Institutionen etwas erreichen zu können, ist schnell resigniert. In Argentinien überwand Feminist*innen die lähmende Kluft zwischen Reform und Revolution, indem sie mögliche Erfolge in der Umsetzung direkter institutioneller Reformen wie der Legalisierung von Abtreibungen erkannten. Doch nach Angriffen von Faschist*innen, mehreren Niederlagen auf institutioneller Ebene und verlorenen Allianzen mit in Verruf geratenen progressiven Kräften wurde die Bewegung geschwächt. Sie war nicht mehr in der Lage, ihre innere Stärke aufrechtzuerhalten, da sie sich weder politische Autonomie noch eine Rückzugsstrategie für den Fall ihres Scheiterns auf institutioneller Ebene erarbeitet hatte.

Auch Syriza in Griechenland und Podemos in Spanien schienen in der gleichen Sackgasse gelandet zu sein, nachdem sie alle ihre Kräfte auf die Institutionen konzentriert hatten: Entfremdung von der eigenen Basis, neoliberale Kompromiss-

politik, Enttäuschung, Verrat und das Abflauen der Dynamik der Straße. Dennoch ist es weder unser Ziel noch eine Frage des Prinzips, sich von den Institutionen fernzuhalten. Eine Reform, eine Wahl, selbst eine Präsidentschaftskandidatur können in gewissen Situationen der revolutionären Sache dienen. Vorausgesetzt, dass dabei die Bewegung und ihre Autonomie gefestigt wird und nicht bloss politische Karrieren unverbesserlicher Opportunist*innen vorangetrieben werden. Während Mut uns bei der Ausarbeitung von Taktiken und der Formulierung von Strategien Hindernisse überwinden lässt, bewahrt uns Besonnenheit davor, uns kopfüber in unsere eigene Niederlage zu stürzen.

Die Revolution verteidigen

Verlieren die Zentren an politischem Einfluss, beginnen die Waffen zu sprechen. Diese traurige Tatsache zwingt viele Revolutionen zum Krieg. Der bewaffnete Widerstand ist selten die Strategie der Wahl. Vielmehr bestimmt das Level der staatlichen Gewalt, ob und wann Revolutionär*innen gezwungen sind, selbst zu den Waffen zu greifen. Pazifismus ist keine Option, wenn ein Staat oder einzelne Gruppierungen innerhalb eines Staates bereit sind, zur Zerschlagung eines Aufstandes ganze Bevölkerungsgruppen zu vernichten. Der Gebrauch von Waffen innerhalb einer Revolution gefährdet ihren eigenen Fortbestand und wirkt sich auf die gesamte Bewegung aus. Viele Revolutionär*innen erzählen, wie die Bewaffnung sie von einer aktiven Beteiligung an der Revolte entfremdete, weil *revolutionär sein* zum Synonym für *eine Waffe tragen* wurde. Insbesondere Frauen und queere Menschen werden durch die Bewaffnung eines Aufstandes oft marginalisiert. Der Einsatz von Waffen stellt einen irreversiblen Wendepunkt innerhalb einer Bewegung dar und kann ein höheres Mass an gewaltsamer Unterdrückung durch den

Staat gegenüber der gesamten Bevölkerung rechtfertigen. Es erscheint uns deshalb als besonders wichtig, dass der bewaffnete Kampf, die Ziele, Zusammensetzung und politische Ausrichtung der Bewegung nicht radikal verändert. Wenn kein Weg am bewaffneten Kampf vorbeiführt, sollten wir kollektiv alles dafür tun, dass er nicht zu einem Selbstzweck wird. Wir sollten uns so viele Handlungsoptionen wie möglich offen halten, damit das Überleben eines Aufstands nicht nur vom Schlachtfeld abhängt.

Ein entscheidender Faktor für die Verteidigungsfähigkeit einer Revolution ist das Überlaufen staatlicher Streitkräfte, wie beispielsweise 2011 in Tunesien und Ägypten geschehen. Neben den bereits vorhandenen Waffen, bringen Überläufer*innen häufig ihre Armeewaffen mit, aber auch das reicht meistens nicht aus, um erfolgreich gegen das Arsenal eines Staates anzukämpfen. Die Beschaffung von Waffen und die dafür erforderlichen finanziellen Mitteln sind entscheidend für den Erfolg des revolutionären Widerstands. Diese Notwendigkeit wird oft zur Rechtfertigung von Bündnissen, die zwar im Moment taktisch sinnvoll erscheinen mögen, sich jedoch schon nach kurzer Zeit als gefährlich oder sogar fatal erweisen.

Leider bestimmt oft das militärische Kräfteverhältnis die Handlungsoptionen einer Revolution. Das äußerst asymmetrische Verhältnis in der Konfrontation mit einem Staatsapparat oder den militärischen Großmächten benachteiligt die revolutionären Kräfte. Das haben die Menschen in Syrien und dem Sudan, wo zwei der vielversprechendsten und tiefgreifendsten Revolutionen unserer Zeit stattfanden, am eigenen Leib erfahren müssen. Ganze Dörfer und Städte wurden in Schutt und Asche gelegt und in Blut getränkt, Millionen von Menschen wurden vertrieben und es wird Generationen dauern, bis diese Traumata überwunden sein werden.

Der Erfolg von widerständigen oder revolutionären Bewegungen beschränkt sich nicht auf den Besitz möglichst vieler

Waffen. Weitaus wichtiger ist es, die Feind*innen am Einsatz ihrer Waffen zu hindern. Die Frage nach der Verteidigung der Revolution stellt sich sowohl politisch als auch militärisch. Jede Möglichkeit, den Militärapparat zu schwächen, muss genutzt werden: Kasernen blockieren, Generäle gefangen nehmen und die Institutionen entwaffnen. Aber was tun, wenn wir tatsächlich gewinnen? Was tun, wenn eine ausländische Intervention oder eine Gegenoffensive aus dem Inneren versucht, die Kontrolle zurückzugewinnen? Und was tun, mit Milizen und bewaffneten Banden, die wie in Haiti und Ecuador versuchen, die Situation für ihre eigenen Zwecke zu nutzen? Wo Waffen im Spiel sind, kann ein Aufstand schnell zu einem Wirrwarr konkurrierender autoritärer Gruppierungen werden und uns der Willkür von allen möglichen Kriegsherren aussetzen.

Damit Revolten nicht isoliert werden, müssen lokale und internationale Kämpfe miteinander verbunden werden und die revolutionären Kräfte und Basisorganisationen rund um den Globus müssen sich aufeinander beziehen. Internationale Solidarität ist enorm wichtig für die revolutionären Kräfte und erhöht den Druck auf ihre Gegner*innen. Im besten Fall wird ein Blutbad verhindert, mit Sicherheit aber gewinnt sie Zeit für die Organisation der Selbstverteidigung. Dies ist ein wichtiger Aspekt des revolutionären Internationalismus.

Die Macht von unten ist offensichtlich

»Warum sollten wir *Gegenmacht* aufbauen? Wir sind das Volk. Die Macht gehört uns!« Dieser von einem Beteiligten der Gilets-Jaunes-Bewegung während einer Versammlung in Frankreich formulierte Gedanke ist wahrscheinlich die beste Beschreibung für das Streben nach einer Macht von unten, die wir bislang gehört haben. Die Revolution, wie wir sie uns vorstellen, ist weder die Verweigerung noch die Negierung

von Macht. Denn das würde bedeuten, die Macht für immer unseren Gegner*innen zu überlassen. Wir können uns nicht damit begnügen, immer nur als (durchaus beharrliches) Hindernis, als Bremse oder Opposition, gegen die Dominanz der Zentren zu handeln. Macht von unten steht für eine aktive Suche, für den lebendigen und kollektiven Entwurf einer neuen Legitimität, für die Ausübung einer neuen Form von Macht.

Überall auf der Welt hatten die jüngsten Revolten das Ziel, die Macht von unten und die Selbstbestimmung der Menschen zu stärken, oder zumindest uns die in den Händen einiger Wenigen konzentrierte Macht wieder anzueignen. In Syrien, Hongkong, Algerien oder in der Ukraine glaubten einige, dies mit der Forderung nach einem demokratischen Staat, in den USA durch die Abschaffung der Polizei, oder zumindest durch die Streichung ihrer Gelder, in Frankreich durch die Einführung regelmäßiger Volksinitiativen (RIC), in Westafrika durch die Zerschlagung neokolonialer Strukturen und ihrer Profiteur*innen, in Kurdistan durch den Konföderalismus und in Chile durch eine neue Verfassung erreichen zu können. Die Revoltierenden wollten mehr Macht. Das bedeutete allerdings nicht unbedingt, dass sie auch regieren wollten.

Andere wiederum – darunter auch einige von uns – dachten, die Ausweitung der Macht von unten sei vor allem im Nachgang von Revolten durch die Etablierung von Autonomie zu erreichen: auf bereits bestehenden Strukturen aufbauend und getragen vom Prinzip der Selbstverwaltung, das in der postrevolutionären Zeit als Grundlage für den Neubeginn dienen könnte. Eine autonome Macht, die nicht Avantgarde, Anführer*innen, Offizier*innen oder neuen Regierungen überlassen wird. *Zentralisierte Macht zerstören – Macht von unten aufbauen.*

Die Widerstandskomitees der sudanesischen Revolution haben nach dem Sturz des Regimes angesichts der Widersprüche und der Lähmung der ersten Übergangsregierung

einen Vorschlag für die Zukunft des Landes ausgearbeitet, mit dem sie die immer gleichen Politiker*innen davon abhalten wollten, die Macht wieder an sich zu reißen: Die *Charta für die Einführung der Volksautorität* ist ein Entwurf für eine neue Staatsform. Sie schlägt die Errichtung einer dezentralen Machtstruktur vor, die von der Basis ausgeht, und in der die aus der Revolution hervorgegangenen, zivilen und basisdemokratischen Organisationsformen ein Mitspracherecht bei der Gesetzgebung und der Gewaltenteilung erhalten. Zudem fordert sie eine gleichmäßige Verteilung der Reichtümer des Landes und ein Ende dessen Plünderung durch ausländische Mächte. Mit diesem Vorschlag versuchten die revolutionären Kräfte, die Revolution ohne Waffengewalt zu verteidigen. Zwar scheint die sudanesishe Revolution in eine blutige Sackgasse geraten zu sein, ihre letzte Stunde hat jedoch noch nicht geschlagen. Ein sudanesischer Gefährte sagte: *Im Sudan ist die Revolution zur Religion geworden.*

Seit dem Aufstand von 1910, aus dem der mexikanische Staat hervorging, ist der Kampf um Autonomie, Selbstverwaltung und die *Verteidigung der Revolution* in Mexiko ununterbrochen fortgeführt worden. Trotz der jahrzehntelangen Regierung des Partido Revolucionario Institucional (Partei der institutionalisierten Revolution), trotz der von den Vereinigten Staaten unterstützten Versuchen einer liberalen Konterrevolution und trotz des Verrats der sozialdemokratischen Linken überdauerte eine während mehr als hundert Jahren, von den abgelegenen indigenen Gemeinden bis zu den Arbeiter*innenvierteln der Großstädte reichende, geduldige revolutionäre Besonnenheit. Über die Jahrzehnte bestand eine kontinuierliche und vielfältige Bewegung und schöpfte aus zahlreichen Errungenschaften der Revolution wie der Anerkennung gewisser Formen indigener Autonomie, partiellen Agrarreformen und den Gemeinschaftsgütern ihre Energie. In diesem Land, das als »eines der gewalttätigsten der Welt« gilt, gingen aus den Basisbewegungen von Slumbewohner*in-

nen oder Lehrpersonenverbänden ländlicher Gebiete indigene Räte, gemeinschaftliche Selbstverteidigungsstrukturen, Nachbarschaftsversammlungen und autonome Gesundheitsnetzwerke hervor. Trotz der permanenten Bedrohung durch reaktionäre Kräfte und der Korruption staatlicher Autoritäten zeigte diese Erfahrungen, dass sie Wurzeln schlagen und über Jahrzehnte hinweg standhalten können. Macht von unten ist das Gegenteil von Ohnmacht. Sie bedeutet, dass wir eine Sprosse nach der anderen erklimmen, ohne uns dabei auf jene zu verlassen, die unsere Stimmen vereinnahmen wollen. *Macht von unten*: unter *Macht* verstehen wir die Fähigkeit zu handeln, zu entscheiden, umzusetzen. *Von unten* steht für Vielfalt, für Unmittelbarkeit, für klassenübergreifend, für hier, überall und jetzt. Die Macht von unten ist unsere Absicherung gegen jeden neuen Verrat durch Wahlen, sie ist unser Angriff auf den Status Quo, unser einzig wirksames Mittel gegen den Faschismus.

Wenn wir die Revolution als Frage begreifen, dann können wir sie weder gewinnen noch verlieren. Nur Schlachten werden verloren oder gewonnen. Die Revolution ist der unstillbare Durst nach einem Leben in Würde, die permanente, schon seit Jahrtausenden andauernde Suche danach, *wie* ein solches auf dieser Erde verwirklicht werden könnte.

Wie schützen wir die aufkeimende Macht von unten gegen die Gefahr eines Bürgerkriegs. Existiert eine Alternative zu den Waffen oder sind sie ein unvermeidbarer Bestandteil der Revolution? Ist der Aufbau einer revolutionären Macht auf »nationaler Ebene«, als Ersatz für diejenige Macht, gegen die wir kämpfen, ein unumgänglicher Schritt, damit die revolutionäre Veränderung nicht wieder rückgängig gemacht wird? Oder müssen wir vor allem anderen die Macht von unten

festigen, damit kein neuer Staatsapparat – selbst wenn er revolutionär ist – sie wieder einschränkt? Wir haben keine abschließenden Antworten auf diese Fragen, die schon so viele Revolutionär*innen vor uns stellten. Die Suche nach einer Theorie, nach einer geheimen Zauberformel für eine erfolgreiche Revolution, führt in eine Sackgasse. Uns bleibt keine andere Wahl, als Dinge auszuprobieren, Neues zu wagen und dabei unterschiedlich erfolgreiche Strategien miteinander zu kombinieren. Einige werden ihre Antwort in der Stärke revolutionärer Organisationen suchen, andere in neuen Formen territorialer Selbstverwaltung und wieder andere in der vereinigenden Kraft von Religionen oder Ideologien. Oder in einer Mischung von alledem. Der Weg der Revolution führt nicht in einer geraden Linie von A nach B. Wir verstehen ihn eher als Sternenschauer, als Feuerwerke am Nachthimmel, wobei jedes einzelne die Richtung ein wenig deutlicher weisen wird, als das vorige, bis wir schließlich den Punkt überschreiten, an dem es kein zurück geben wird.

neu beginnen

„Im Morgengrauen werden wir, bewaffnet mit einer glühenden Geduld, in die prächtigen Städte einziehen.“

Arthur Rimbaud

In den letzten fünf Jahren haben wir von Treffen zu Treffen angefangen, ein Netzwerk aufzubauen, das über die Grenzen der Nationen und Körper hinausgeht und in unendlich vielen Räumen und Territorien verwurzelt ist, die beschlossenen haben, Macht von unten aufzubauen. Ein Netzwerk von Menschen und Kollektiven, die aus dem Zyklus der Aufstände seit 2011 Energie schöpfen und in ihm ein Signal für tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzungen erkennen.

So ist ein Raum entstanden, in dem Revolutionär*innen der Widerstandskomitees von Khartum ihre Ideen und Analysen mit Feminist*innen und Revolutionär*innen der Territorialversammlungen von Santiago austauschen, wo sich die entschlossene Jugend aus den GotaGoGama-Dörfern Sri Lankas mit den ökologischen Kämpfen in Frankreich und den USA verbinden, wo die Basisbewegung der Arbeiter*innenviertel von Mexiko mit den Mitgliedern der Lokalräte des aufständigen

schen Syriens diskutieren und wo die libanesischen und irakischen Bäuer*innen sich mit den Indigenen von Abya Yala vernetzen. 2022, kaum ein Monat nach dem Aufstand, konnten iranische Revolutionär*innen im Exil mit Aktivist*innen von Basisbewegungen aus Westafrika über den Sturz von Regimen und die Bedeutung des Wortes *Revolution* diskutieren.

Von diesem Punkt ausgehend versuchten wir, die Grundsteine für eine neue transnationale Kraft zu legen. Eine Kraft die sich aus der Vereinigung unserer unterschiedlichen Erfahrungen und Analysen speist und Mittel bereitstellt, damit daraus Konsequenzen erwachsen. Eine Kraft, die in der Lage ist, gegenwärtige und künftige Bewegungen und Aufstände direkt zu unterstützen.

I. Einen transnationalen Ort der Verbindungen schaffen

Unsere drängendste Aufgabe besteht darin, Begegnungen zu organisieren. Die Verbindungen zwischen den verschiedenen Brennpunkten einer weltweit aufkeimenden revolutionären Bewegung zu vervielfachen. Die materiellen und logistischen Voraussetzungen für eine globale Debatte schaffen und die Frage der Revolution wieder lebendig und greifbar werden zu lassen. Einen Ort aufbauen, an dem es möglich ist, über die bestehenden Kontakte und Austauschformen hinauszugehen und eine gemeinsame Analyse und Strategie auszuarbeiten. Wenn dieser Ort langfristig Bestand hat und eine geografische Vielfalt miteinbezieht, wird er es uns ermöglichen, gemeinsame Schlüsse zu ziehen und eine Perspektive aufzubauen, in der sich immer mehr von uns wiedererkennen.

II. Unsere Ressourcen bündeln und vervielfachen

Es gibt keine Revolution ohne materielle Ressourcen. Wenn wir unsere Perspektiven verständlich und sichtbar machen

und die Bewegungen und Verbindungen zwischen unseren Territorien ausweiten und vervielfachen, können wir gegenseitig materielle und finanzielle Ressourcen, aber auch Verbündete und Werkzeuge austauschen, was unsere Handlungsfähigkeit erheblich vergrößern würde.

Wir wollen so schnell wie möglich ein Netzwerk der materiellen gegenseitigen Hilfe aufbauen, mit dem wir sowohl in Ausnahmesituationen wie Kriegen, Klimakatastrophen oder Revolutionen schnell und direkt Unterstützung leisten können, als auch nachhaltige Infrastrukturen aufbauen, mit denen die Autonomie der Kämpfe langfristig gewährleistet wird. Die Verknüpfung verschiedener Zeitebenen ist die Gleichung, die es zu lösen gilt, wenn unsere Bewegungen ausdauernd sein, ihre Unabhängigkeit bewahren und an Stärke gewinnen sollen.

Die Ressourcen, die uns auf kleiner Ebene zur Verfügung stehen, mögen uns angesichts der Größe der Aufgabe gering erscheinen. Doch wir erlebten alle schon Situationen, in denen nicht nur alles möglich schien, sondern auch tatsächlich alles geschah, und jede noch so kleine Handlung eine Vielzahl an weiteren Handlungen nach sich zog. Revolutionäre gegenseitige Hilfe und Mut kann im richtigen Moment ansteckend wirken.

III. Den Planeten mit Orten der Freundschaft übersäen.

Wir müssen uns begegnen und uns in der realen Welt organisieren, und dazu brauchen wir Räume. Räume, die diskret, aber zugänglich sind, in denen alle Zuflucht finden, die ihr Herkunftsland verlassen mussten. Wir brauchen Orte des Rückzugs, der Fürsorge und des Schutzes. Orte, an denen wir ein wenig Ruhe finden und »unsere Akkus wieder aufladen können«. Aber auch Orte, die sich den Fragen der Subsistenz und der Bildung widmen; Orte, an denen wir tanzen, musizieren, Filme schauen, kreativ sein und gut essen können. Viele solcher

Räume existieren bereits, aber sie warten noch darauf, auf einer gemeinsamen Karte eingezeichnet zu werden. Die Vernetzung dieser Räume kann mit einem Prozess globaler Nachbar*innen-schaft verglichen werden, einer *Mujawara*, wie unsere libanesischen Gefährt*innen sagen, und von Freundin zu Freund, von Stadtvierteln zu Dörfern, von Bauernhöfen zu Wohnhäusern wird er unser gemeinsames Bekenntnis verwirklichen.

Uns ist bewusst, dass wir nicht alle den gleichen Zugang zu Mobilität haben. Sichere und würdevolle Fluchtrouten zu schaffen, indem wir eine Vielzahl vernetzter Territorien und Zwischenstationen aufbauen, wird in den kommenden Jahren eine zentrale Aufgabe für uns und all jene sein, die bereits seit Langem daran arbeiten. Wir müssen neue Wege und Möglichkeiten finden, die physischen und administrativen Barrieren zu umgehen. Manchmal müssen wir uns in grosser Zahl versammeln und einen Grenzübergang in organisierten Konvois erzwingen. Diese Routen sollten aber auch Stationen für die Rückreise, für das Kommen und Gehen sein, und die Staatsgrenzen unter dem anhaltenden Druck unserer Ströme zum Einstürzen bringen.

IV. Eine transnationale revolutionäre Kultur wieder aufleben lassen

Mit der Verbreitung unserer Analysen, ihrer kritischen Betrachtung und dem Austausch von Erfahrungen unter Mitstreiter*innen aus verschiedenen Weltregionen wollen wir eine gemeinsame politische Haltung zur Reife bringen, die den Anforderungen unserer Zeit entspricht. Mittelfristig wollen wir in allen unseren Ländern die Bedingungen für eine breit angelegte Kulturoffensive schaffen, die einen Internationalismus von unten ohne Blocklogik fördert. Dafür braucht es die Synergien zwischen verschiedenen politischen, territorialen und gemeinschaftlichen Organisationsformen, unabhängigen Medien, Kommunikationsmitteln und kulturellen Räumen.

Wir stehen vor der Aufgabe, der revolutionären Perspektive eine neue Legitimität und Realität zu verleihen. Dazu müssen wir die Vereinzelung unserer Kämpfe verhindern. In Worten und Taten, in Zeit und Raum müssen wir unsere Geschichten und Erfahrungen, die unsere Gegner*innen unablässig voneinander trennen wollen, miteinander in Beziehung setzen. In den Köpfen und Körpern sollten wir die verschiedenen Aspekte einer internationalen revolutionären Bewegung, die zwar bereits existiert, wir aber noch weiter aufbauen müssen, miteinander verbinden. Wir betrachten die Sterne am Himmel nicht vereinzelt, sondern als Konstellationen.

Zwischen dem Unwahrscheinlichen und dem Möglichen

Jeder Traum, jede Hoffnung, jede Suche nach einem anderen Leben befindet sich in einem fragilen Gleichgewicht zwischen dem Schatten des Zweifels und dem Aufleuchten der Gewissheit. Wir stehen an einem Scheideweg, an dem unsere Sehnsucht nach Veränderung auf die Realität einer einstürzenden Welt trifft. An diesem Punkt bleiben uns nur drei Optionen: Weiter zusehen, wie das Empire uns in den Abgrund zieht, und dabei so tun, als wüssten wir nicht, wohin es geht; uns der allgemeinen Panikmache anschließen und resigniert das Ende abwarten; oder aber, wir arbeiten sorgfältig einen Plan aus und setzen alles daran, aus dem Unwahrscheinlichen das Mögliche herauszuholen. Nicht nur für unser eigenes Überleben, sondern auch für das gute Leben, müssen wir einen revolutionären Horizont finden.

Beginnen wir heute damit, das aufzubauen, was den Stürmen von morgen trotzen wird. Wir sind der festen Überzeugung, dass es gerade jetzt an der Zeit ist, unsere Beziehungen auszuweiten und zu festigen. Unsere jeweiligen Situationen

werden sich in den kommenden Jahren nur noch verschlimmern, aber wir vertrauen darauf, dass inmitten dieser *Zusammenbrüche* verschiedenste Kipppunkte auftauchen, an denen sich Bruchlinien und Möglichkeiten für große Veränderungen auf tun werden, die wir, sofern wir gut vorbereitet sind, zu unserem Vorteil nutzen können. Mit jedem Schritt, den wir machen, mit jedem Hindernis, das wir überwinden, kommen wir den wirklichen Erfolgen ein Stück näher. Erfolge, die den Seelen derjenigen Trost spenden werden, die wir im Kampf verloren haben, und die darauf warten, in Frieden ruhen zu können.

Es wird noch viel Fantasie, Erfindungsreichtum und Entschlossenheit brauchen, um diese von uns angestrebte neue Stärke aufzubauen. Ob wir Erfolg haben werden, hängt auch davon ab, wie viel Resonanz der hier formulierte Vorschlag findet, davon, wie viele Menschen sich entschließen werden, gemeinsam mit uns die hier skizzierten Wege zu beschreiten. Wir sollten uns der Tragweite unserer Aufgabe und den vielen über unseren Köpfen schwebenden Bedrohungen bewusst sein und aus den Fehlern unserer Vorgänger*innen lernen. Die Prognosen stehen nicht gut. Vielleicht werden wir es nicht schaffen, den Wind zu unseren Gunsten zu drehen und zu diesem alles mit sich reißen den Orkan zu werden. Doch dieses Risiko nehmen wir in Kauf. Nehmen wir uns die Worte einer katalanische Freundin zu Herzen: *Es gibt Momente, in denen es ein Risiko ist, kein Risiko einzugehen.*